

BULLETIN N°91 – Juni 2025

Botschaft des FMA-Präsidenten

Sehr geehrte Mitglieder,

wir nähern uns jetzt der Jahresmitte von 2025, und unser Verein sprüht weiterhin vor Vitalität und engagiert sich aktiv im Hinblick auf die Herausforderungen und Chancen, von denen die sich wandelnde europäische Landschaft geprägt wird. Ich freue mich sehr, Ihnen die Höhepunkte unserer Aktivitäten der vergangenen Monate mitteilen und den Inhalt dieser Ausgabe des Bulletins des VEM vorstellen zu können, deren Schwerpunkt ein Thema von wachsender Bedeutung ist, nämlich **künstliche Intelligenz und Dateneigentum**. Den Einschätzungen von Experten ist eine verlässliche Analyse der kritischen Fragen zu entnehmen, die sich auf die künstliche Intelligenz und Daten-Ordnungspolitik beziehen.

Im Frühjahr jährt sich auch der **75. Jahrestag der Schuman-Erklärung**, der uns zum richtigen Zeitpunkt daran erinnert, dass mit zukunftsweisenden politischen Entscheidungen die Weichen für die langfristige Ausrichtung unserer Gesellschaften gestellt werden können. Angesichts der derzeitigen geopolitischen Spannungen, der Ermüdungserscheinungen von Demokratien und des digitalen Wandels sind die Werte, die der Erklärung zugrunde liegen (Solidarität, Zusammenarbeit und Frieden durch gemeinsame Institutionen), wichtiger denn je. Sie sind nach wie vor ein wichtiger Bezugspunkt für die Bewältigung der komplexen Herausforderungen, vor denen Europa heute steht, und treiben uns weiter an, sich als ehemalige Mitglieder des Europäischen Parlaments für ein geeintes und demokratisches Europa einzusetzen.

Seit Januar ist unsere Gemeinschaft besonders rege und hat gezeigt, dass ehemalige Mitglieder entschlossen sind, zur öffentlichen Debatte beizutragen und die europäischen Werte in der ganzen Welt zu fördern. Ich möchte all jenen danken, die an unseren Programmen und Initiativen teilgenommen haben.

Zu unseren markanten Aktivitäten Anfang 2025 gehört der erfolgreiche **Besuch des VEM in Polen** im März. Der Besuch bot wertvolle Gelegenheiten für einen Dialog über die europäische Einheit und Sicherheit in einer Zeit, in der diese Themen immer wichtiger werden. Wir sind stolz darauf, dass die Überlegungen mehrerer teilnehmender Mitglieder präsentiert werden konnten, in denen eine erkenntnisreiche und vielschichtige Perspektive für die Diskussionen in Warschau dargelegt wurde.

Parallel dazu wird das **Programm „EP to Campus“** mit Erfolg fortgeführt. Am **Europatag** (9. Mai) veranstalteten wir in Zusammenarbeit mit der Nationalen Technischen Universität Lutsk in der Ukraine einen digitalen Vortrag, in dem das ehemalige MdEP Alain Lamassoure Einblicke über die Arbeitsweise des Parlaments und seine Rolle im zeitgenössischen Europa gab. Durch Initiativen wie diese trägt der VEM dazu bei, den demokratischen Dialog und das Verständnis zwischen den jüngeren Generationen in ganz Europa und darüber hinaus zu stärken. Die Zusammenarbeit mit dem **Historischen Archiv der Europäischen Union** bot eine weitere Gelegenheit, mit Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufe über die Grundlagen des europäischen Aufbauwerks und dessen künftige Ausrichtung nachzudenken.

Wir haben zudem unsere Zusammenarbeit mit internationalen Partnern verstärkt. So hatten wir im April die Freude, sich mit ehemaligen kanadischen Parlamentariern an der **Fakultät für europäische und transnationale Governance des Europäischen Hochschulinstituts in Florenz** zu treffen, um die Bedeutung des transatlantischen Dialogs hervorzuheben. In dieser Ausgabe des Bulletins finden Sie einen ausführlichen und aufschlussreichen Bericht über den Besuch der Vereinigung der ehemaligen Parlamentarier Kanadas in Italien, der von der stellvertretenden Vorsitzenden Monica Baldi mit großem Elan koordiniert wurde.

Mit Blick auf die Zukunft freuen wir uns, bevorstehende Veranstaltungen wie unsere Librorum-Veranstaltung des VEM am 3. Juli und die für den 5. bis 7. November geplante **Reise des VEM nach Dänemark** (vorbehaltlich Bestätigung) ankündigen zu können, auf der wir unsere Diskussionen über die europäische Identität und Widerstandskraft weiter vertiefen werden. Vermerken Sie diese Daten bitte in Ihrem Terminkalender, damit Sie sich für die Teilnahme an der VEM-Delegation anmelden können, sobald die Registrierung beginnt.

Schließlich freue ich mich sehr, die **neugewählten bzw. wiedergewählten Vorstandsmitglieder** unseres Vereins nach der Wahl vom 21. Mai 2025 auf unserer Mitgliederversammlung herzlich willkommen heißen zu können. Ihr Fachwissen und ihr Engagement werden dazu beitragen, die künftigen Initiativen des VEM voranzutreiben und dafür zu sorgen, dass wir unsere Aufgabe, die parlamentarische Demokratie und die europäische Einheit zu fördern, weiterhin beherzt wahrnehmen können. Einen vollständigen Überblick über die Mitglieder des Vorstands finden Sie im Abschnitt „VEM bei der Arbeit“. Ich möchte allen Kandidatinnen und Kandidaten für ihr Interesse an einem aktiven Beitrag zu den Aktivitäten des Vereins herzlich danken.

Ein besonderer Dank gebührt unserem werten scheidenden Vorstandsmitglied Miguel Angel Martinez, dessen politischer Werdegang sinnbildlich für die Werte steht, die das europäische Aufbauwerk geprägt haben. Von seiner frühen Zeit als leidenschaftlicher Verfechter einer gerechten Gesellschaft bis zu seiner Amtszeit als Schlüsselfigur im Europäischen Parlament hat Miguel Angel Martinez unauslöschliche Spuren in der europäischen politischen Landschaft hinterlassen. In einer Zeit, die von Herausforderungen geprägt ist, die über nationale Grenzen hinausgehen, werden wir uns weiterhin von seinen Verdiensten inspirieren lassen.

Wie immer lade ich alle ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments ein, dem VEM beizutreten. Ihre Erfahrungen und Ihre politischen Zukunftsvorstellungen sind nach wie vor außerordentlich wichtig, wenn es darum geht, das demokratische Modell Europas zu schützen und zu stärken. Unser Verein bietet weiterhin eine Plattform für Reflexion, Dialog und konstruktive Maßnahmen.

Ich wünsche Ihnen allen eine erbauliche Lektüre und freue mich darauf, viele von Ihnen auf unseren nächsten Veranstaltungen zu sehen.

Mit herzlichen Grüßen



Klaus Hänsch

Vorsitzender des Vereins der ehemaligen Mitglieder

Aktuelle Themen: Kunst und die Schönheit des Lebenslangen Lernens

Mich haben van Goghs Gemälde schon immer inspiriert, und zwar wegen der Schönheit der Naturimpressionen, ebenso die Gemälde von Rembrandt wegen des Wechselspiels von Licht und Schatten und die Gemälde von Monet wegen der fantasievollen Farbgebung. Bei meinen Museumsbesuchen, sei es in Wien, Bilbao, Amsterdam, Florenz, Rom oder London, habe ich mich jedes Mal aufs Neue inspirieren lassen.

Die Geschichten, die in unseren berühmten europäischen Gemälden erzählt werden, zu bewundern, ist das eine, wenn man aber in der slowenischen Nationalgalerie selbst malen lernt, ist das eine völlig andere Erfahrung. Der Versuch, selbst künstlerisch tätig zu werden, erfordert ungemein viel Mut, und man betritt damit unbekannte und gleichzeitig schillernde neue Sphären. Diejenigen von uns, die das kommunistische Regime überlebt haben, kennen immer noch die Stimmen aus ihrer Schulzeit: Hör nur zu und gib keine Kommentare ab! Es gibt nur eine Wahrheit. Folge den vorgeschriebenen Mustern! Es gibt keine kreative Freiheit! Zeichnen? Das ist nichts für dich!

Auch wenn man ein drakonisches Regime nicht kennengelernt hat, das die schöpferische Welt der Kunst reglementiert, ist es außerordentlich schwierig, da es tief im Inneren bei jedem von uns Stimmen gibt, die sagen: „Du kennst dich damit nicht aus. Schuster bleib bei deinen Leisten. Das ist nichts für dich.“

Sich selbst zeichnerisch auszudrücken ist zumindest für mich etwas völlig anderes als dies mit Sprache zu tun. Ersteres ist viel schwieriger, emotionaler und in gewisser Weise auch raffinierter. Ich habe mich jedoch dorthin vorgewagt, da es sich im Leben lohnt, ein unbekanntes Terrain zu betreten. In gewissem Sinne geht es bei sowohl in der Kunst als auch in der Politik um einen Prozess der Veränderung, weshalb beide schon immer miteinander verbunden gewesen sind. Vor langer Zeit war ein Gemälde die einzige visuelle historische Quelle, die in der Regel aus der Perspektive des Siegers gemalt wurde, wenn es sich um Kriege handelte.

Der Schaffensprozess, der es nicht beim reinen Beobachten belässt, ist daher ein wichtiger Bestandteil des lebenslangen Lernens, der unsere Neugierde nährt und uns zu neuen Kreationen anregt. Die ersten Schritte bestehen darin, mit Farbschattierungen vertraut zu werden und die Fähigkeit zu erlernen, sie auf die Leinwand zu bringen. So wird das Zeichnen gleichzeitig zu einem großen Vergnügen und zu einer meditativen Übung. Mit der Zeichnung offenbart sich der Künstler Schritt für Schritt auf der Leinwand. Früher habe ich Bücher geschrieben, aber jetzt zeichne ich eine Geschichte, statt sie zu schreiben. Meine neuen Erzählungen sind dadurch nicht weniger gehaltvoll geworden. Wenn man das Haus der Vorfahren eines Freundes zeichnet, das einst von einer Wiese und Pferden umgeben war und vor dem eine blühende Linde stand, unter der Kinder spielten, kommt dahinter mehr als nur ein Leben, mehr als nur eine Epoche zum Vorschein.

Unter der Anleitung des weltweit renommierten Malers Niko Arnikis schuf ich unter anderem das Porträt eines Jungen, das auf Motiven von Rembrandt beruhte, die ich mit einem lebendigen Modell kombiniert habe (Öl auf Leinwand, 297 x 420 mm). Dieses Gemälde war auch in der Nationalgalerie von Slowenien ausgestellt.

In seiner eigenen Art und Weise ermutigte mich dieses Porträt, etwas völlig Neues, etwas ganz anderes zu tun. Im Leben streben wir nach Schönheit, der Schönheit der Natur, der Schönheit der Freundschaft, der Schönheit der Güte und Solidarität mit Menschen. Es gibt viele Ausprägungen der Schönheit im Leben, auf die wir selbst Einfluss haben und die wir durch lebenslanges Lernen ständig durch neue Facetten ergänzen, ganz gleich, wie alt wir sind und welche berufliche Laufbahn wir in der Wirtschaft oder der Politik ursprünglich eingeschlagen haben. Die Schönheit der Kunst spiegelt sich in einem Leben wider, das dem lebenslangen Lernen verpflichtet ist. Ich kann nur sagen, dass sich der Versuch für mich gelohnt hat.

Zofija Mazej Kukovič
EVP, Slowenien (2011-2014)
zofija.mazejkukovic@gmail.com

Aktuelle Themen: Ukraine – Rückblick, verpasste Chancen und Erkenntnisse auf dem Weg

Bereits im April 2014 habe ich den Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Parlament einige wichtige Feststellungen übermittelt, die bei der Debatte über das Unterstützungspaket der EU für die Ukraine und über eine effiziente Zuweisung der Mittel hilfreich sein dürften. Die Feststellungen stützten sich auf Untersuchungen der OECD, Diskussionen und persönliche Beiträge.

In der Rückschau handelt es sich dabei um die folgenden Punkte, von denen einige meiner Meinung nach nichts an Gültigkeit verloren haben:

Wichtige Fakten

*Das Wachstumsmoment der Regionen der Ukraine aus den Jahren vor der Finanzkrise 2008/2009 ging verloren. Die Exportnachfrage war verhalten. Die Steigerung der Binnennachfrage wurde durch das langsame Kreditwachstum ausgebremst.

*Die Steuerstruktur erwies sich als hochzentralisiert. Das institutionelle Umfeld war für Investitionen nicht förderlich.

*Die Unterschiede zwischen den Regionen nahmen weiter zu, auch was den Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen, insbesondere zu Bildung und Gesundheitsversorgung, betrifft.

*Eine genaue Einschätzung der Arbeitsmarktentwicklungen wurde durch den weitläufigen informellen Arbeitsmarkt erschwert, doch schien der Zusammenhang zwischen Bildung und Produktivität schwach ausgeprägt zu sein.

Politische Schlüsselfragen

*Da die Regierungsform stark zentralisiert ist, bestand weitgehendes Einvernehmen darüber, dass es in der Ukraine einer stärkeren Dezentralisierung bedarf. Die subnationalen Gebietskörperschaften waren jedoch häufig mit Kapazitätsengpässen konfrontiert.

*Durch die Fragmentierung auf den unteren Ebenen wurden die Umsetzung von Strategien in großem Maßstab oder selbst die wirksame Erbringung grundlegender Dienstleistungen erschwert.

*Die subnationalen Gebietskörperschaften waren in der Regel stark von Transferzahlungen der Zentralregierung abhängig – diese sind auch im Staatshaushalt so vorgesehen. Der Top-Down-Ansatz führte dazu, dass die Finanzen vor Ort von der Planung auf zentraler Ebene abhängig sind und dass es an Autonomie bzw. an Rechenschaftspflicht gegenüber den lokalen Gemeinschaften mangelt, was sich als Nachteil erwiesen hat.

*Die regionale Entwicklungspolitik wurde einer umfassenden legislativen und institutionellen Reform unterzogen.

Grundlegende Empfehlungen

- *Überarbeitung der Formeln für die Zuweisung von Mittelübertragungen an subnationale Verwaltungsebenen, um diese einfacher und weniger beliebig zu gestalten, indem die Anzahl der in der Formel verwendeten Indikatoren verringert wird;
- *Ausrichtung der für die Erbringung lokaler öffentlicher Dienstleistungen zugewiesenen Mittel auf die Bedürfnisse der Bevölkerung in den einzelnen Gebieten und nicht auf Inputindikatoren;
- *Überarbeitung der Einnahmenstruktur der Oblaste, damit sie sämtliche zusätzlichen Einnahmen, die auf der Ebene der Oblaste oder auf lokaler Ebene erzielt werden, einbehalten können;
- *Durchführung einer Gebietsreform (was heute mehr denn je gilt) vor einer Dezentralisierung der Aufgaben hin zu nachgeordneten Regierungs- und Verwaltungsebenen, um den Städten und Gemeinden vor Ort den notwendigen Kapazitätsausbau und die Zusammenlegung von Kommunen zu ermöglichen;
- *Einführung einer Grundsteuer zur Verbesserung der Finanzkraft der Kommunen, wobei im Vorfeld ein zuverlässiges Kataster zu erstellen wäre;
- *Schaffung eines Überwachungssystems für die Wirksamkeit der umgesetzten Maßnahmen, insbesondere in Bezug auf lokale öffentliche Güter und Dienstleistungen;
- *Verwendung des Staatlichen Fonds für regionale Entwicklung aufbauend auf den Grundsätzen und Strategiepapieren der EU als Instrument zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Regionen;
- *Durchführung einer gründlichen Kosten-Nutzen-Analyse aller Sonderzonen oder Industrieparks im Einklang mit bewährten europäischen und internationalen Verfahren, um räumliche Verzerrungen zu minimieren und die Zone möglichst in die Gesamtwirtschaft einzugliedern. Die Risiken von Korruption, Verzerrungen und Fragmentierung sind real, und die Erfahrung zeigt, dass Sonderzonen bestenfalls als zweitbeste politische Option gelten können. Die allerbeste Option ist die allgemeine Verbesserung des Gesamtinvestitionsklimas.

Aus heutiger Sicht lässt es sich nur schwer feststellen, ob sich die Dinge in dem vorstehend genannten Zusammenhang auf einem Weg der Besserung befinden. Bedingt durch den fehlenden Zugang zu systematischen und umfassenden Daten über die Finanzen der Gebietskörperschaften wird der Spielraum für eine umfassendere Analyse eingeschränkt; zudem wird hervorgehoben, dass in dem Verhältnis zwischen den einzelnen Haushalten mehr Transparenz und auf allen Regierungs- und Verwaltungsebenen mehr Vorhersehbarkeit notwendig ist.

Mariela Baeva

ALDE, Bulgarien (2007-2009)
mariela@oecdpartner.eu

Aktuelle Themen: Europa-Radweg Eiserner Vorhang

Der Eisernen Vorhangs hatte jahrzehntelang Europa in Ost und West gespalten. Das Europäische Parlament hatte bereits 2005 mit großer Mehrheit aus allen Mitgliedstaaten und allen Fraktionen dem Antrag zugestimmt, der die Kommission und die Mitgliedstaaten auffordert, „die Initiative 'Iron Curtain Trail' umzusetzen, [...], um die europäische Identität zu fördern“.

Sichtbare Erinnerung gibt es bereits mit dem "Berliner Mauerweg", der seit 2001 ausgeschildert, fahrradfreundlich ausgebaut und zum Denkmal erklärt wurde. Weil auch Deutschland jahrzehntelang gespalten war, hatte auch der Deutsche Bundestag 2004 einstimmig für den "Deutsch-Deutschen Radweg" votiert.

Nach diesen Vorbildern gibt es nun entlang des ehemaligen Eisernen Vorhangs von Europa auf dem früheren Todesstreifen ein Rad- und Wanderweg, auf dem man europäische Geschichte, Politik, Natur und Kultur „erfahren“ kann. Das 10.000 Kilometer lange "Grüne Band" von der Barentssee bis zum Schwarzen Meer steht seit 2002 unter der Schirmherrschaft von Michail Gorbatschow, der 1993 der Präsident von Green Cross International (GCI) wurde.

An der "EuroVeloRoute 13" (Iron Curtain Trail) sind 20 Länder beteiligt, darunter 15 Mitgliedstaaten der EU. Beginnend an der Barentssee verläuft er an der Westgrenze der ehemaligen Warschauer Pakt-Staaten bis zum Schwarzen Meer. Man radelt an der norwegisch-russischen und finnisch-russischen Grenze entlang bis zur Ostsee und passiert dort die Küstenstreifen von Russland, Estland, Lettland, Litauen, Kaliningrad, Polen und der ehemaligen DDR. Von der Halbinsel Priwall bei Travemünde bis zum sächsisch-bayerisch-tschechischen Dreiländereck folgt die Route dem ehemaligen innerdeutschen Grenzstreifen. Dann führt sie über die Höhen des Böhmerwalds, vorbei an Mähren und der slowakischen Hauptstadt Bratislava, um dort die Donau zu überqueren. Entlang der Südgrenze Ungarns führt der Weg über Slowenien und Kroatien. Zwischen Rumänien und Serbien folgt die Strecke weitgehend dem Lauf der Donau, um schließlich über Bulgarien, Nord-Mazedonien und Griechenland am nördlichsten Punkt der Türkei an der bulgarischen Schwarzmeerküste zu enden.

Die Strecke verläuft durch mehrere Nationalparks mit einer interessanten Flora und Fauna und verbindet eine Vielzahl einzigartiger Landschaften, die in der Sperrzone lagen und nahezu unberührt geblieben sind. Sie verbindet aber auch zahlreiche Mahnmale, Museen und Freiluft-Einrichtungen, die an die Geschichte der Spaltung Europas und deren Überwindung durch die Friedlichen Revolutionen in Ostmitteleuropa erinnern.

Auch beim "Europa-Radweg Eiserner Vorhang" können die teilweise noch vorhandenen Patrouillenwege der Grenzanlagen genutzt werden. In vielen Ländern und Regionen Europas wird an dem Projekt gearbeitet, zahlreiche Abschnitte sind schon ausgeschildert und fahrradfreundlich ausgebaut. In Polen wurde fast die gesamte Route in den letzten Jahren vollständig ausgeschildert und alle Schwachstellen fahrradfreundlich saniert.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, sich im Grünen Band mit dem Fahrrad zu bewegen. Ob auf der westlichen oder der östlichen Seite, ob näher an der Grenze oder weiter entfernt, ob auf Kolonnenwegen mit Lochplatten oder auf Asphalt. Die vorgeschlagene Route verläuft

möglichst nahe an der ehemaligen Grenze, vorzugsweise auf komfortabel zu befahrenden Wegen, vermeidet stark befahrene Straßen, quert häufig die ehemalige Grenze und integriert viele Zeugnisse der Geschichte.

Gemäß der Aussage von Wilhelm von Humboldt: "Nur wer die Vergangenheit kennt, hat eine Zukunft", müssen wir uns mit der Vergangenheit auseinandersetzen. Deshalb pflegen wir mit Dankbarkeit die Erinnerung an die Friedlichen Revolutionen in Ostmitteleuropa, ohne die jahrzehntelange Spaltung unseres Kontinents zu vergessen.

Die Patenschaft für die EuroVeloRoute 13 haben Marianne Birthler, Vaclav Havel und Lech Wałęsa übernommen. Die von mir im österreichischen Esterbauer-Verlag geschriebenen Bücher in DE und EN wurden 2019 von Hans-Gert Pöttering im Europäischen Haus der Geschichte in Brüssel vorgestellt.

Michael Cramer

Grüne/EFA, Deutschland (2004-2019)

michacramer@t-online.de

Besuch Unter der EU-Präsidentschaft: Ein Zeichen für die Europäische Einheit Setzen

Wir leben in einer polarisierten Welt voller Ungewissheit, die unberechenbar ist und sich in Auflösung befindet. Es ist eine äußerst fragile Welt. Überraschenderweise hat sich die Globalisierung zwar nicht in Luft aufgelöst, aber nationale Interessen drängen mit großer Kraft in ihren Raum, sodass die Außenpolitik immer mehr mit innenpolitischen Prioritäten verknüpft wird.

In dieser bröckelnden Welt erleben wir, wie sich die neue amerikanische Regierung auf Kollisionskurs mit der Weltordnung befindet, was die bestehenden geopolitischen Spaltungen verstärkt. Auch wenn mit der vom Westen konzipierten Globalisierung Millionen von Menschen aus der Armut gehievt wurden, hat die US-Regierung beschlossen, dass sie für Amerika nicht mehr funktioniert.

Wir müssen außerdem bedenken, dass unabhängig von den Folgen der Entwicklung der Demokratie in den USA für uns, die Europäer, sowohl Russland als auch China weiterhin am anderen Ufer stehen, zusammen mit weiteren autokratischen und autoritären Regimen, die keine Mühe scheuen, eine neue globale Ordnung zu errichten. Es ist schmerzlich, das zu sagen, aber die Verbindungen und die gegenseitige Unterstützung zwischen Moskau und Peking sind viel stärker als es die zwischen der EU und den USA sind. Die Ära des soliden transatlantischen Bündnisses, das wir früher als selbstverständlich betrachtet haben, scheint sich sowohl in seiner bilateralen als auch in seiner globalen Dimension ihrem Ende zu nähern.

Die Geschichte des europäischen Integrationsprozesses ist eine Geschichte des Wandels. Im Laufe der Zeit hat Europa Fähigkeiten entwickelt, wie es auf Herausforderungen reagieren und Chancen ergreifen kann. Diesmal ist der Wandel noch tiefgreifender, sodass sich Europa nun neu erfinden muss. Seit dem 24. Februar 2022 steht die Unabhängigkeit der Ukraine im Mittelpunkt, während gleichzeitig die bestehenden geopolitischen Gräben vor unseren Augen immer größer werden. Viele internationale Ströme von Waren, Dienstleistungen und Menschen werden nun als Waffen eingesetzt.

Ich würde nicht so weit gehen wie einige Politiker und Kommentatoren und sagen, dass wir Präsident Trump für den Weckruf danken sollten, den er mit seiner Abkehr von einer strategischen, auf Beziehungen basierenden transatlantischen Politik hin zu einer kurzfristigen auf Transaktionen beruhenden Politik bei uns erschallen ließ. Dennoch ist es richtig, dass die geopolitischen Umwälzungen unter Trump dem europäischen Handeln eine Reihe von Impulsen verliehen haben.

Dabei geht es nicht nur um eine Feinjustierung Europas. Die führenden Politiker Europas haben auf nationaler und europäischer Ebene verschiedene Formate der Zusammenarbeit aktiviert, um ein Zeichen für die Einheit zu setzen. Fehlende Eintracht war schon immer unsere größte Schwäche. Diesmal haben wir aber eine strategische Antwort darauf gefunden.

So wurde zu Beginn des Jahres 2024 auch das Weimarer Dreieck wiederbelebt. Dies war ursprünglich ein pragmatischer Schritt, der auf neue Dynamik, raschere Maßnahmen und mehr Sichtbarkeit von Europa abzielte. Die Staats- und Regierungschefs von drei Staaten mit 190 Millionen europäischen Bürgern, die in jüngster Zeit schwierige Zeiten zu bewältigen hatten, verständigten sich dabei auf den europäischen Konsens einer breiten politischen

Koalition und besannen sich auf den Weimarer Schwung von 1991, um nationale Interessen und europäisches Gemeinwohl auf einen Nenner zu bringen. Weimar 2 bietet die Chance, einer europäischen Einheit in einer Zeit den Weg zu ebnen, in der so viel auf dem Spiel steht.

Eine Koalition der Willigen ist oft die einzige Lösung, die kurzfristig zur Verfügung steht, um Impulse für ein gemeinsames europäisches Handeln in den Bereichen Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit zu setzen sowie neue Ansätze für die Finanzierung europäischer Projekte und für die Wahrnehmung der globalen Verantwortung Europas auszuloten.

Dieses neue europäische Paket aus politischen Maßnahmen ist im Grunde ein Aktionsplan für Sicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und deren Finanzierung. Wir bringen Sicherheit und Wirtschaft, wenn Sie so wollen, Verteidigung und Wettbewerbsfähigkeit zusammen, die beiden wichtigsten strategischen Bereiche der europäischen Antwort auf die kommenden Herausforderungen. Dies ermöglicht es uns, von dem alten Paradigma abzuweichen, wonach man mit einer wirtschaftlichen und handelspolitischen Zusammenarbeit den Frieden fördern oder sogar Kriege verhindern kann. Dieser Ansatz scheint nicht mehr zu funktionieren.

Das Weißbuch zur Verteidigung befasst sich mit den Schwächen der EU, zielt auf den Aufbau einer europäischen Säule der NATO ab und enthält Vorschläge für eine Reihe von umfangreichen Investitionen in die Verteidigung samt konkreten Finanzierungsinstrumenten. Es handelt sich um ein zwischenstaatliches Instrument, bei dem Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit getroffen werden. Besonders wichtig scheint mir zu sein, dass wir uns so schnell wie möglich auf neue Eigenmittel verständigen. Es ist klar, dass unser kurzfristiges Ziel die militärische Unterstützung der Ukraine ist, aber bei dem Aktionsplan für Verteidigung geht es um den Aufbau einer langfristigen kollektiven europäischen Verteidigung.

Natürlich ist unser so überaus wichtiges Tandem, bestehend aus Wettbewerbsfähigkeit und Verteidigung, ein komplexes Unterfangen. Es handelt sich um miteinander verknüpfte Prioritäten strategischer Natur, wobei in beiden Fällen Mittel für langfristige Investitionen beschafft werden müssen. Bei der Finanzierung stehen uns zwar keine Patentrezepte zur Verfügung, es sollte aber auch keine Tabus geben.

Dabei sollen auch EU-Schulden eine Rolle spielen, wobei die Emission einer gemeinsamen sicheren Anlage nach wie vor nicht in Frage kommt. Es gibt jedoch Bewegung bei der Haushaltsdisziplin, damit der fiskalische Spielraum erweitert werden kann, und es gibt auch Optionen für die Umschichtung von Ausgaben innerhalb des MFR sowie die Forderung an die Europäische Investitionsbank, ihren Finanzierungsumfang zu überdenken, damit das Potenzial der Kapitalmarktunion erweitert werden kann. Der Regeln des Grundgesetzes in Deutschland können als Inspiration dienen, während Polen die Idee einer Aufrüstungsbank ins Spiel gebracht und gleichgesinnte Staaten eingeladen hat, sich daran zu beteiligen.

Natürlich steht dabei auch die grundsätzliche Frage im Raum, ob man bei den europäischen Aufrüstungsplänen der Logik folgen sollte, wonach nur in Europa hergestellte Güter dafür beschafft werden dürfen.

Seit Jahrzehnten weisen wir darauf hin, dass die europäische Wirtschaft massive Investitionen benötigt. In der Tat kann Europa nur so stark sein, wie es seine Wirtschaft ist. Wir haben die Zeit der Friedensdividende verschlafen, und jetzt wissen wir, dass es nicht nur auf militärische Fähigkeiten ankommt, wenn wir Frieden brauchen, sondern auch auf eine

wettbewerbsfähige, starke Wirtschaft. Wir müssen so weit kommen, dass europäische Unternehmen, die sich vergrößern wollen, nicht mehr auf die andere Seite des großen Teiches ausweichen müssen. Sammelrechtsakte werden für die Schaffung eines für die Wirtschaftstätigkeit günstigen rechtlichen Umfelds von entscheidender Bedeutung sein. Es sollte mehr davon geben, und zwar sowohl horizontaler als auch branchenspezifischer Art. Aber wir dürfen es nicht bei solchen Sammelrechtsakten belassen, um unsere Vorschriften zu vereinfachen. Die Vereinfachung sollte bereits Teil unserer Gesetzesvorhaben sein.

Ich habe den Eindruck, dass die Europäische Kommission sehr wohl verstanden hat, dass die Wirtschaft rasche Veränderungen vor Ort braucht, die schnell umgesetzt werden können, und dass ein förderlichen Regelungsumfeld mit einem übergreifenden legislativen Ansatz rascher in die Wege geleitet werden kann. Ein gutes Beispiel dafür ist die vorgeschlagene Änderung des CO2-Grenzausgleichssystems (CBAM), die eine sofortige Erleichterung für 200 000 KMU bedeuten würde. Aber diese Unternehmen brauchen auch eine europäische strategische Vision, damit wir alle wissen, welcher Kurs einzuschlagen ist und wie wir den Wind nutzen können, der uns dorthin bringen kann. Einige Dinge bewegen sich bereits in die richtige Richtung, aber es wird harte Debatten im Rat darüber geben. Es sind schließlich unsere Unternehmen, denen derzeit in der ganzen Welt der Wind ins Gesicht bläst, die unsere Wirtschaft mittels Produktivitätswachstum wieder ankurbeln müssen. Ich hoffe, Sie stimmen mit mir überein, dass sich die Dinge nun endlich in die richtige Richtung bewegen.

Danuta Hübner

EVP, Polen (2019-2024)

danuta.huebner@gmail.com

Besuch Unter der EU-Präsidentschaft: Ein Hochtouriges Programm

Der Verein der ehemaligen Mitglieder besucht alle sechs Monate das Land, das gerade den EU-Ratsvorsitz innehat. Der letzte Besuch war für mich dennoch etwas Besonderes. Zum einen führte er uns nach Polen und zum anderen fand er, was noch wichtiger war, zu einem bedeutenden Zeitpunkt für Europa und die Welt statt.

Präsident Hänsch lud mich ein, während des Abendessens in Warschau eine Rede zu halten. Sie sollte „interessant“ sein. Ich sprach über die Ukraine und die wirklichen Pläne Moskaus. Mein Beitrag kam offenbar gut an, denn die sich anschließenden Fragen und Diskussionen dauerten lange und berührten die wichtigsten Problemfelder, vor denen Europa heute steht.

Als wir erfahrenen Politiker und Politikerinnen uns unterhielten, hatte ich den Eindruck, dass die heutigen etwas von uns lernen könnten.

Die tiefgründigen Beiträge, die auf einer umfassenden Kenntnis der Sachlage beruhten, bildeten einen Kontrast zu dem Unsinn und dem Gebrüll, die im polnischen Sejm oft zu hören sind.

Die Delegation des VEM hatte Gelegenheit, das moderne Polen in seinen politischen und architektonischen Besonderheiten kennenzulernen. Ich hoffe, dass es in beiderlei Hinsicht einen guten Eindruck auf unsere Gäste gemacht hat.

Für mich war dieses Treffen aber noch aus einem anderen Grund erinnerungswürdig.

Vor nicht allzu langer Zeit, vor 20 Jahren, hat der in Warschau ebenfalls anwesende Hannes Swoboda die polnischen Sozialisten in der Sozialistischen Fraktion des EP in die Arbeitsweise des Parlaments eingeführt. Und heute haben wir nun als Partner über die Zukunft des gemeinsamen Europas beraten!

Marek Siwiec

SPE, Polen (2004-2014)

msbike@me.com

Besuch Unter der EU-Präsidentschaft: Die Polnischen Präsidentschaftswahlen im Juni 2025

Der knappste aller Siege bei den polnischen Präsidentschaftswahlen ging an den rechtsgerichteten Kandidaten Karol Nawrocki, unterstützt von der PiS (Recht und Gerechtigkeit), gegenüber dem zentristischen Kandidaten der Bürgerkoalition (KO), Rafal Trzaskowski. Der Sieg fiel mit einem kaum engeren Vorsprung aus – 50,89 % zu 49,11 % – und stellt weniger ein Mandat als vielmehr ein Rezept für Instabilität dar.

Die beiden Männer könnten kaum unterschiedlicher sein: Nawrocki, eine resolute Persönlichkeit, ist ein viel veröffentlichter Historiker, der als Leiter des revisionistischen Instituts für Nationales Gedenken bekannt wurde. Er war der sorgfältig ausgewählte Kandidat des PiS-Parteichefs Jaroslaw Kaczynski, der die Partei seit 2003 anführt.

Kaczynski glaubte – offenbar zu Recht –, dass ein jüngerer, dynamischer Kandidat dem Image seiner Partei gutten würde, nachdem deren achtjährige Regierungszeit vor einem Jahr endete, als Donald Tusk, ehemaliger EU-Ratspräsident und Vorsitzender der Bürgerkoalition, Premierminister wurde.

Doch der Reformer Tusk wurde durch institutionelle Auseinandersetzungen mit Präsident Andrzej Duda behindert. Zwar liegt die eigentliche Macht beim Parlament (Sejm), doch verfügt die Präsidentschaft über begrenzte Aufschubbefugnisse – und Duda, ein loyaler PiS-Mann, konnte viele von Tusks Reformen blockieren.

Während PiS eine traditionelle Partei ist, handelt es sich bei Tusks Bürgerkoalition um ein Sammelbündnis aus politischer Mitte und moderater Linker.

Die Präsidentschaftswahl war ein weiteres Kapitel in der bekannten Spaltung Polens und Mittelosteuropas – zwischen EU-Befürwortern und Euroskeptikern.

Der KO-Kandidat Rafal Trzaskowski könnte nicht unterschiedlicher sein als der Wahlsieger Nawrocki. Sohn eines bekannten Jazzmusikers, ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments, sprachgewandt, Bürgermeister von Warschau – und ein offener Unterstützer von Frauen- und LGBTQ-Rechten. Als enger Vertrauter Tusks war er ein leichtes Ziel für die Darstellung als elitärer Insider.

Nawrockis Wahlkampf war fast ausschließlich negativ: gegen eine Liberalisierung der strengen Abtreibungsgesetze, gegen LGBTQ-Rechte, gegen die EU, gegen Einwanderung. In einer bitteren Wendung gerieten viele Ukrainer, die vor Putins Krieg geflohen waren, ins Visier fremdenfeindlicher Stimmung. Wie anderswo war es für populistische Nationalisten nützlich, gezielt zwischen Flüchtlingen, Asylsuchenden und Migranten zu verwischen.

Einerseits hat Polen großzügig viele ukrainische Flüchtlinge aufgenommen und ist ein verlässlicher Verbündeter der Ukraine; andererseits beklagen Populisten, dass Ukrainer soziale Unterstützung auf Kosten einheimischer Polen erhalten.

Die anti-europäische Haltung widerspricht Logik und Realität. Polen wird weithin als aufstrebende Wirtschaftsmacht bewundert – sein Erfolg basiert stark auf dem Zugang zum EU-Binnenmarkt, auf Rücküberweisungen von im Ausland arbeitenden Polen und auf direkten

EU-Zuschüssen, die Polens einst marode Infrastruktur für Verkehr und Kommunikation tiefgreifend modernisiert haben.

Neu bei dieser Wahl war der Einfluss von außen – nicht nur von anderen mitteleuropäischen Populisten aus Ungarn, der Slowakei oder Österreich, sondern auch aus den USA: durch die CPAC (Conservative Political Action Conference), einst ein Randphänomen des republikanischen rechten Flügels, die nun – unterstützt von Donald Trump – ihre Reichweite auf Europa ausdehnt.

Die jährliche CPAC-Veranstaltung fand während der Wahl in Warschau statt, und Trump gewährte Nawrocki ein Interview im Weißen Haus samt Unterstützung.

Trumps Strategie zielt natürlich ebenso auf eine Schwächung der EU wie auf die Förderung polnischen Nationalismus. „Teile und herrsche“ ist unter Möchtegern-Autokraten wieder en vogue.

Viele Menschen – Besucher, Beobachter, Kommentatoren sowie Freunde und Bekannte in Polen – berichten von einer zunehmenden und gefährlichen Verbitterung in der polnischen Politik.

Ein Höhepunkt der FMA-Delegation in Warschau im März war ein Gespräch mit dem angesehenen „Solidarność“-Veteranen und heutigen Chefredakteur der führenden liberalen Zeitung Polens, Adam Michnik. Auf die Frage, ob die äußere Bedrohung durch Putins Aggression nicht die inneren politischen Gegner Polens vereinen könnte, antwortete er trocken: „Das ist die Millionen-Dollar-Frage.“

Die unmittelbare Antwort, angesichts des Wahlkampfes und des Ergebnisses, scheint: „Nein.“

Polen liegt im Zentrum der europäischen Politik. Es hat das Potenzial – und nach Ansicht einiger auch die Chance –, eine Macht zu werden, die das französisch-deutsche EU-Duopol ausgleicht. Oder es könnte sich in die Isolation eines kleinen Staates zurückziehen, der mehr durch das definiert ist, wogegen er ist, als durch das, wofür er steht.

Michael Hindley

SPE, Vereinigtes Königreich (1984-1999)

mhindley1947@gmail.com

Besuch Unter der EU-Präsidentschaft: Unser Besuch in Warschau mit vielen guten Gesprächen in einem historischen Augenblick (26.–28. März 2025)

Mein besonderer Dank geht an Elisabetta, Klaus Hänsch, Monica Baldi und unserer Gruppe mit Valerie und Sacha während ich zurückblicke auf drei Tage in Warschau in diesen historisch turbulenten und gefährlichen Zeiten, in denen es scheint, als richte sich Trump nach Putin und benutze Tech-Oligarchen, um die alte US-amerikanische Demokratie zu zerstören, und als müsste sich die Ukraine allein auf die Solidarität Europas und Kanadas verlassen. In einem Moment, in dem es gilt, möglichst schnell an der Fähigkeit zur Selbstverteidigung der Europäischen Union zu arbeiten, war es schön, sich mit dem polnischen Minister für Europäische Angelegenheiten und den Sachverständigen von Frontex in Polen sowie mit unserem ehemaligen Kommissionsmitglied Danuta Hübner und Kollegen aus Polen austauschen zu können.

In Zeiten, in denen es scheint, als würden die multilateralen und konstitutionellen Regeln aus den 80 Jahren nach dem deutschen Nazi-Regime und den Kriegen zügig zerstört werden, in denen die Weltwirtschaft schwer beeinträchtigt wurde, begannen wir unseren Besuch im Museum der Geschichte der polnischen Juden, in dessen unmittelbarer Nähe sich ein Denkmal zu Ehren der Helden des Aufstands im Warschauer Ghetto befindet, wo Willy Brandt 1972 niederknierte, nahe einer Statue für Jan Karski und Irena Sendler. Wir hatten die Ehre, Sachverständige der Friedrich-Ebert-Stiftung und Małgorzata Bonikowska vom Zentrum für internationale Beziehungen zu treffen, sowie Tomasz Grodzki, Vorsitzender des Ausschusses für europäische Angelegenheiten des polnischen Senats, Grzegorz Schetyna vom Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, Andrzej Grzyb, Vorsitzender des Verteidigungsausschusses und des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union des Sejm, begleitet von Witold Jan Naturski vom Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments in Warschau. Sie alle waren daran interessiert, das Weimarer Dreieck zu stärken und eventuell durch die Einbeziehung Englands zu einem Quartett im Bereich Verteidigungsangelegenheiten zu machen, und waren sich einig, dass es dringend notwendig sei, bürokratische und politische Hürden zu überwinden, um die Waffenproduktion, die Cyberabwehr und den Kampf gegen Desinformation zu fördern und die Zusammenarbeit, die Kapazitätenteilung und die finanziellen Strategien zu verbessern.

Ein Höhepunkt war das Treffen mit Adam Michnik, dem bekannten Intellektuellen der Solidarność, der mit unserem Kollegen Bronisław Geremek zusammengearbeitet hat und Gründer und Herausgeber der liberaldemokratischen Zeitung Gazeta Wyborcza ist. Er richtete einen nachdrücklichen Appell an Europa: Es müsse seine Freiheit gegen Putins Regime und Lügen sowie gegen die Angriffe von Donald Trump und J. D. Vance auf die europäischen Vorschriften und die demokratischen Traditionen verteidigen. Der Besuch bei Frontex war ebenfalls eine wertvolle Erfahrung, um einen Einblick in die tägliche Arbeit der Agentur bei der Verteidigung der europäischen Grenzen und in die Zusammenarbeit in einem europäischen Team zu erhalten. Ich erinnere mich an die jugendliche Energie und den Enthusiasmus des für die Europäische Union zuständigen Ministers Adam Szłapka mit der Verantwortung, die Polen jetzt trägt, und den Gelegenheiten, die sich dem Land bieten, unsere Souveränität zu gestalten und unsere liberalen, sozialen und ökologischen Werte zu erhalten.

Auf meinem Rückweg im Zug nach Berlin sah ich Solarpaneele und Windkraftanlagen und beobachtete einen intensiven Austausch zwischen jungen Leuten aus ganz Europa zwischen Warschau, Riga, Berlin und Paris. Das gibt mir Hoffnung.

Eva Quistorp

Grüne/EFA, Deutschland (1989-1994)

equistorp@aol.com

Delegation der Vereinigung Ehemaliger Kanadischer Parlamentarier in Italien: Reise durch Italien

Im Rahmen der Zusammenarbeit mit der Vereinigung ehemaliger kanadischer Parlamentarier (CAFP) hat unser Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments (VEM) eine besondere Reise vom 1. bis 13. April 2025 nach Italien organisiert.

Die beiden Delegationen unter der Leitung des kanadischen Präsidenten Leo Duguay und der VEM-Vizepräsidentin Monica Baldi nahmen aktiv an zahlreichen Treffen, Veranstaltungen, Konferenzen und Seminaren teil.

Das erste Treffen, das am 2. April in Rom am repräsentativen Sitz des Europäischen Parlaments stattfand und per Videoübertragung übertragen wurde, unterstrich die Bedeutung dieser transatlantischen Beziehungen, und dies insbesondere nach den jüngsten Anwandlungen der USA. Die 16 CAFP-Mitglieder, die Delegation von Women20 unter dem Vorsitz von Elvira Marasco und die sechs VEM-Mitglieder (Giampaolo D'Andrea, Andrea Manzella, Gay Mitchell, Robert Moreland, Daniela Rondinelli und Margarita Starkeviciute) wurden von Ilaria Garampi empfangen.

Am nächsten Tag fand in der prestigeträchtigen Sala della Lupa der italienischen Abgeordnetenkammer eine Sondersitzung mit der Vereinigung ehemaliger italienischer Parlamentarier unter dem Vorsitz von Giuseppe Gargani statt, an der renommierte Politiker teilnahmen, wie in dem ausführlichen Artikel von Cinzia Dato nachzulesen ist.

Am 7. April fand in Florenz an der School of Transnational Governance (EUI) das hochrangige Seminar mit dem Titel „Eine Welt im Wandel: Stärkung der Widerstandskraft in der neuen Weltordnung“ unter der Leitung von Generalsekretär Marco Del Panta und Direktor Fabrizio Tassinari statt. Die Reden der ehemaligen EU-Kommissarin Danuta Hübner, der spanischen Ex-Ministerin Arancha González, von Gian Paolo Meneghini, Peggy Nash, Karen Redman und Sir Graham Watson sowie die brillanten Schlussfolgerungen des ehemaligen kanadischen Premierministers Kim Campbell und des früheren Präsidenten des Europäischen Parlaments, Enrique Baròn Crespo, der auf die gegenwärtige globale Unordnung hinwies, fanden großen Anklang. Die Teilnehmer analysierten die sich verändernde Weltordnung, die von der Trump-Regierung verursachten Spannungen zwischen der EU und den USA, den zunehmenden Handelskonflikt und neue Herausforderungen im Bereich der Regierungsführung. Diese Themen wurden auch in Treffen mit der Bürgermeisterin von Siena, Nicoletta Fabio, dem Bürgermeister von San Casciano Val di Pesa, Roberto Ciappi, dem Abt von San Miniato, Dom Bernardo, sowie mit Vertretern der Stadt Florenz, des italienischen Außenministeriums, des konsularischen Korps von Florenz und der Spadolini-Stiftung erörtert.

Die Delegationen besuchten zahlreiche Orte und Museen, Hüter des außergewöhnlichen kulturellen und künstlerischen Erbes Italiens, wobei Caravaggio und Michelangelo, der vor 550 Jahren geboren wurde, besondere Beachtung fanden.

Die von Ars Pace organisierte und von Marchese Francesco Mazzei in Fonterutoli (Siena) ausgerichtete Veranstaltung „PEACE IN ART“ wurde besonders geschätzt. Dort wurden einst wichtige Friedensvereinbarungen zwischen mächtigen Diözesen geschlossen und der seit langem bestehende Konflikt zwischen Florenz und Siena über die Grenzen der Gebiete von Chianti beigelegt. Die Anwesenden erlebten einen Moment voller Kultur, Frieden, Emotionen

und Schönheit mit einer Performance der Malerin Elisabetta Rogai, die ein Gemälde von EnoArte@ mit dem edlen Tropfen des dortigen Weingutes schuf, das gleichzeitig zu den verführerischen Klängen der Flöte von Andrea Ceccomori verkostet wurde.

In der heutigen Zeit, in der sich gerade viele Veränderungen mit einer neuen Handelsdynamik, der Einführung von Zöllen und zunehmenden geopolitischen Spannungen vollziehen, ist Kunst ein Instrument für den Frieden und die Kulturdiplomatie eine echte „Soft Power“, die einen Dialog auf der Grundlage dauerhafter internationaler Beziehungen ermöglicht.

Die globale Lage ist äußerst komplex, und wir sollten entschlossen und gemeinsam mit unsere engen Verbündeten, wie es die Kanadier sind, darauf reagieren, mit denen wir eine gemeinsame Geschichte, dieselben Werte und die Präferenz für den Multilateralismus teilen. Auch die jüngste Wahl von Mark Carney zum neuen kanadischen Regierungschef hat die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen Kanada und der Europäischen Union weiter gestärkt, wobei der G7-Gipfel im Juni in Kananaskis, Alberta, ein wichtiger Prüfstein sein wird.

Monica Baldi

EVP-ED, Italien (1994-1999)

baldi.monica@email.it

Delegation der Vereinigung Ehemaliger Kanadischer Parlamentarier in Italien: Die Europäer, Insbesondere die Italiener, stehen fest an Kanadas Seite

Eine Delegation der kanadischen Vereinigung ehemaliger Parlamentsmitglieder (CAFP) ist kürzlich von einer Reise nach Rom, Florenz und Siena zurückgekehrt, die wahrhaft „meraviglioso“ war. Diese Reise wäre ohne die großartige Unterstützung von Monica Baldi, Vizepräsidentin des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments, nicht möglich gewesen. Ihr umfassendes Wissen über Italien und ihre Kontakte zu Regierungsvertretern und Hoteliers sorgten dafür, dass unser Aufenthalt besonders angenehm war. So angenehm, dass viele von uns nach dem Genuss der feinsten Speisen und Weine der Toskana nun den Gürtel lockern müssen, um Platz für das neu gewonnene Hüftgold zu schaffen.

In Rom durften wir einer Analyse der globalen Friedensentwicklung von Kardinal Michael Czerny SJ lauschen, die einen willkommenen, optimistischen Kontrast zu den ernsten Gesprächen bildete, die wir mit ehemaligen Mitgliedern des italienischen Parlaments über den beispiellosen Angriff von US-Präsident Trump auf die kanadische Souveränität führten. Ein Austausch mit ehemaligen Mitgliedern des Europäischen Parlaments und Vertretern der Organisation „Women 20 Italia“ verdeutlichte die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zwischen unseren Vereinigungen. Die kanadischen Vertreter hatten außerdem die Gelegenheit, eine beeindruckende Sammlung von Werken Caravaggios zu bestaunen, und wurden im Außenministerium im Circolo degli Esteri empfangen.

Bei einem Treffen mit dem Bürgermeister von San Casciano durften wir ein außergewöhnliches Vier-Gänge-Menü mit den feinsten Speisen und Weinen der Toskana genießen. Ein wahrhaft inspirierender gregorianischer Choral unter der Leitung von Abt Dom Bernardo krönte unseren Besuch der Basilika San Miniato al Monte. Unser Aufenthalt im Hotel Kraft wurde zusätzlich durch ein Treffen mit dem konsularischen Korps von Florenz bereichert. Unsere Gespräche drehten sich hauptsächlich um Einwanderungsfragen und darum, wie der Handel zwischen Ländern unter Umgehung der US-Handelsbarrieren verbessert werden kann. Bei einem Ausflug zum Wohnhaus Michelangelos (Casa Buonarroti) lernten wir die beeindruckende Geschichte dieses berühmten Künstlers kennen. Besonders interessant waren die Werke, die er im Alter von 15 Jahren schuf und die sein außergewöhnliches Talent als Wunderkind verdeutlichen. Der bedeutsamste und ernsthafteste Teil unserer Reise war eine Podiumsdiskussion in der Fakultät für transnationale Governance in Florenz (Europäisches Hochschulinstitut). Die Delegationsmitglieder, darunter Peggy Nash und Karen Redman, erläuterten die Veränderungen, die zum Aufbau einer neuen Weltordnung erforderlich sind. Abschließend rief uns die ehemalige Premierministerin Kim Campbell alle nachdrücklich dazu auf, Widerstand gegen das von Donald Trump aufgenötigte engstirnige Weltbild zu leisten.

In Siena führte ein Treffen mit dem Bürgermeister zu einem ernsthaften Gespräch über die italienisch-kanadische Zusammenarbeit, wobei der Schwerpunkt auf der Verbesserung der kulturellen Beziehungen und einer Intensivierung des Handels lag. Bei dem Treffen auf dem Marktplatz (Piazza del Campo), auf dem zweimal im Jahr der Palio stattfindet, konnten wir die Begeisterung für dieses Pferderennen, das sich mit dem Kentucky Derby vergleichen lässt, hautnah miterleben.

Darüber hinaus durften wir einem aufschlussreichen Vortrag lauschen, der uns die Unterschiede zwischen Sangiovese-Weintrauben, die in Montepulciano angebaut werden, und denjenigen, die in Montalcino angebaut werden, verdeutlichte. Beide Sorten waren vorzüglich. Eine Besichtigung der Winzerei Mazzei schärfte unsere Wertschätzung für guten Wein und wurde vom Marchese und Patriarchen Francesco Mazzei geführt, der die 1435 gegründete und familiengeführte Winzerei in 25. Generation leitet. Den Abschluss dieses außergewöhnlichen Bildungsbesuchs über die Komplexitäten von feinem Wein und hoher Kunst bildete eine Ausstellung mit Gemälden der herausragenden Künstlerin Elisabetta Rogai, die mit Wein gemalt wurden.

Von unserer Reise wird mir vor allem der starke Eindruck in Erinnerung bleiben, dass die Europäer und insbesondere die Italiener in Kanadas aktuellem und vorübergehendem Konflikt der Trump-Regierung fest an Kanadas Seite stehen.

Léo Duguay

Leiter der kanadischen Delegation ehemaliger Parlamentarier (CAFP) in Italien und Ehrenpräsident des CAFP
exparl@parl.gc.ca

Delegation der Vereinigung Ehemaliger Kanadischer Parlamentarier in Italien: Kanada, Nordamerikanisches Epizentrum

Aufgrund der herausfordernden Gegenwart ist aus dem Besuch der kanadischen Delegation, die als klassische Frühjahrsreise nach Italien gedacht war, ein intensiver Arbeitsbesuch geworden. Dank der sorgfältigen Vorbereitung unserer Vizepräsidentin Monica Baldi, einer wirklichen Kulturbotschafterin des VEM am Europäischen Hochschulinstitut (EHI) in Florenz, ergab sich die Gelegenheit, an einer lebhaften und konstruktiven Debatte zwischen Partnern teilzunehmen, die dieselbe Geschichte, dieselben Werte, dieselbe Weltanschauung und das Bekenntnis zum multilateralen System der Vereinten Nationen teilen. Dabei handelte es sich um einen Dialog mit einem Kontinent, der ebenfalls den Namen eines Florentiners, nämlich Amerigo Vespuccis, trägt, eines Auswanderers in das benachbarte Sevilla – Vorteile der Freizügigkeit.

Zu Beginn meines Redebeitrags erinnerte ich mich an meine von Solidarität inspirierte Arbeit als junger Arbeitsrechtler mit zwei großen Gewerkschaftlern, dem US-Amerikaner Daniel Benedict und dem Kanadier Romeo Maione, in unserem Kampf gegen die Diktatur in Spanien. Drei ehemalige kanadische Parlamentarierinnen haben diese Zeit noch miterlebt.

Sie kamen aus dem Ballungsgebiet Detroit (USA) – Windsor (Kanada), einem grenzüberschreitenden Ballungsraum mit sechs Millionen Einwohnern, dem Epizentrum einer Automobilindustrie, in deren Rahmen Bauteile mehr als zwanzig Mal am Tag die Grenze überqueren, wie dies auch in dem Gebiet zwischen El Paso (USA) und Ciudad Juarez (Mexiko) der Fall ist – für ein Wirtschaftssystem, das schrittweise in das NAFTA integriert wird. Der Versuch, Zollschränke zu errichten oder einen eisernen Vorhang aufzuziehen, muss ins Leere laufen; schlicht und einfach eine Annexion als Lösung anzubieten, ist nicht nur unmöglich, sondern gleichsam eine Beleidigung.

Graham Watson, ein Landsmann von Adam Smith, erläuterte, wie absurd diese Hinwendung zum Merkantilismus anmutet. Es würde bedeuten, mit der WTO zu brechen, die 1947 in Havanna als Teil des UN-Systems gegründet, jedoch erst 1995 ins Leben gerufen wurde, und den Protektionismus wiederzubeleben, der zu den tragischen 1930er Jahren führte.

Die EU entstand aus dem Willen heraus, die Geschichte zu korrigieren und einer gemeinsamen Bestimmung zu folgen. Kanada ist ein solidarischer Partner, dessen Gesellschaftsmodell mit den demokratischen Überzeugungen und der Weltanschauung hierzulande viel gemein hat, wenn es um so sensible Themen wie der Abschaffung der Todesstrafe (eine Bewegung, die dank Cesare Beccaria in Florenz aufkam), Waffenkontrollen oder dem Wohlfahrtsstaat geht.

Die transatlantischen Beziehungen sind im Hinblick auf Stabilität und Wohlstand in der Welt auch künftig von maßgeblicher Bedeutung. Angesichts der neuen Herausforderungen müssen sie aktualisiert und neu ausgehandelt werden, anstatt sie abzubauen und somit in die Vergangenheit zurückzukehren. Nichts währt ewig, doch die zusammen mit unseren kanadischen Kollegen verbrachte Zeit zeugt von dem gemeinsamen Willen, das Erreichte zu verteidigen, und der Bereitschaft, auch in Zukunft zusammenzuarbeiten, um die neuen Herausforderungen meistern zu können.

Enrique Barón Crespo

PES, Spanien (1986-2009)

enriquebaronfundacion@gmail.com

Delegation der Vereinigung Ehemaliger Kanadischer Parlamentarier in Italien: Vertreter von VEM und CAFP Treffen Ehemalige Italienische Parlamentarier in Montecitorio

Am 3. April empfing unsere Vereinigung im Abgeordnetenhaus eine Delegation der Vereinigung der ehemaligen Parlamentarier Kanadas (CAFP), die vom 1. bis 13. April Italien besuchten. Der Besuch wurde vom Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments (VEM) organisiert, der sich mit Initiativen zur Stärkung des europäischen und internationalen Netzwerks ehemaliger Parlamentarier befasst, damit die Zusammenarbeit unserer Verbände Einfluss auf entscheidend politische Fragen nehmen kann, die unsere Demokratien betreffen. Dieses lobenswerte Engagement der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments ist gerade heute von großer Bedeutung und unerlässlich für die Verteidigung der Demokratie, der Menschenrechte und des Friedens.

Monica Baldi, stellvertretende Vorsitzende des VEM, hat sich in lobenswerter Weise für den Erfolg der Initiative und des Treffens eingesetzt, das Gelegenheit zu einem Gedankenaustausch von großem politischen Interesse bot und durch einen Bericht der Abgeordneten eingeleitet wurde. Monica Baldi, stellvertretende Vorsitzende des VEM Leo Duguay, Leiter der kanadischen Delegation Die italienische Vereinigung wurde von Präsident Gargani, Ehrenpräsident Falomi, Sekretär Soriero, Schatzmeister Alaimo und Vizepräsident Tassone sowie durch die Mitglieder Rivolta, Calzolaio, D'Andrea, Cossiga und Dato vertreten.

Die Delegation wurde im prestigeträchtigen Lupa-Saal empfangen, und es wurde an historische Ereignisse erinnert, die für die Verteidigung der Demokratie und des Parlaments von symbolischer Bedeutung sind. Es gab eine Reihe von Reden, die mit einem sehr anregenden Vortrag von Präsident Gargani eröffnet wurden, der auf die Frage der repräsentativen Demokratie und die entscheidende Rolle des Parlaments in jeder demokratischen Regierungsform eingegangen ist. Unsere Verbände, die sich satzungsgemäß dem Schutz der Parlamente und der Verfassungen verschrieben haben, sehen es derzeit als ihre Pflicht an, die Krise hinsichtlich der Rolle der Parlamente und die Vereinbarkeit der vorgeschlagenen Reformen mit den Grundwerten der konstitutionellen Demokratie genau zu beobachten.

Wenn das Prinzip der Regierbarkeit, womit wir wieder bei der Entscheidungsfähigkeit wären, nicht mit dem Kriterium der Repräsentation kombiniert wird, das sich heute in einer tiefen Krise befindet, besteht die Gefahr, dass man sich außerhalb des demokratischen Rahmens bewegt. Wenn die politische Kultur von dem Wunsch geleitet wird, ein mächtiges Organ, das alleine entscheidet, zu schaffen und dabei die soziale Struktur in Bezug auf Partizipation außer Acht zu lassen, die die Gesellschaft mit dem institutionellen System der Entscheidungsfindung verbindet und sie einbezieht, werden sich unsere politischen Systeme tiefgreifend verändern, und zwar nicht zum Besseren.

In den Ausführungen der kanadischen Gäste wurde übereinstimmend die Bedeutung eines unabhängigen, geeinten und föderalen Europas betont, das für das Gleichgewicht in der Welt und für Kanada selbst notwendig ist, um die Vereinigten Staaten mit ihrem gefährlichen Versuch der Einmischung in die Schranken weisen zu können. So werden wir auch von der anderen Seite des Atlantiks angespornt, das vereinte Europa, die Parlamente und die Verfassungen zu verteidigen und zu stärken. Ich möchte in diesem Zusammenhang bedeutende Worte in Erinnerung rufen, wie die des früheren Papstes, Pauls des VI., der

einmal darauf hingewiesen hat, dass die Einheit Europas kein Selbstzweck, sondern für den gesamten Planeten von wesentlicher Bedeutung ist, oder die von Papst Franziskus, der daran erinnerte, dass Europa die Heimat der Menschenrechte und der Weltfriedensbewegung ist.

In einer Zeit, in der verschiedene Ausprägungen des Nationalismus, Isolationismus und Populismus im Aufwind sind und selbst Grundfeste wie der Konstitutionalismus, die Grundsätze der liberalen Demokratie und die Gewaltenteilung sowie der hohe Wert supranationaler Institutionen zu bröckeln scheinen, möchte ich auch an die Worte des großen Schriftstellers Stefan Zweig erinnern, der die Entstehung und Entwicklung der Massenideologien des 20. Jahrhunderts und die zunehmende Barbarei beklagte, die sich das Dogma des Antihumanismus zum Programm gemacht hat, sowie und den Nationalismus als tödliche Plage bezeichnete, die „die Blüte unserer europäischen Kultur vergiftet hat“.

Cinzia Dato

Senator und Mitglied des Vorstands der Vereinigung ehemaliger Parlamentarier der Italienischen Republik

Delegation der Vereinigung Ehemaliger Kanadischer Parlamentarier in Italien: Seminar an der STG_EUI „Eine Veränderte Welt“

Der VEM freute sich, ehemalige kanadische Abgeordnete zu einem Seminar mit dem Titel „Fostering Resilience in the New Global Order“ (Stärkung der Resilienz in einer neuen Weltordnung) an der Fakultät für transnationale Governance des EHI am 7. April 2025 in Florenz begrüßen zu können.

Im Mittelpunkt des Seminars stand der rasche politische Kurswechsel der USA nach der Wahl Donald Trumps zum US-amerikanischen Präsidenten und die entsprechenden – größtenteils negativ ausfallenden – Konsequenzen für Kanada, Europa und den Rest der Welt.

Wie der ehemalige Vorsitzende des VEM Enrique Baron Crespo anmerkte, hätte man eigentlich den Titel des Seminars ändern müssen, denn passender wäre „... in the new global disorder“. („...in einer neuen Weltordnung“) gewesen.

Nach den einleitenden Bemerkungen von George Papaconstantinou, dem Leiter der Fakultät für transnationale Governance, und Marco del Panta, dem scheidenden Generalsekretär des EHI, hieß die Vizepräsidentin des VEM, Monica Baldi, die ehemalige kanadische Premierministerin Kim Campbell und den Delegationsvorsitzenden Leo Dugay willkommen und sprach zunächst über die Gefahren, die die Politik des neuen US-Präsidenten aus Sicht der EU berge. Leo Dugay verwies auf die Wut, die die Kanadier mit Blick auf das Land, das sie ursprünglich als „Freund“ wahrgenommen hatten, empfanden, und merkte an, dass nun auch die US-amerikanische Bevölkerung selbst beginne, ihren Unmut zu äußern.

Die Sachverständigen Fabrizio Tassinari und Gian Piero Meneghini sprachen davon, dass man sich nicht mehr auf einen friedlichen Wandel verlassen könne, und zeigten auf, wie weltweite Entwicklungen den Bau der EU überholten. Peggy Nash bedauerte die Untergrabung der Rechtstaatlichkeit und des gemeinsamen Wohlstands. Der ehemalige MdEP Sir Graham Watson wies auf eine neue Chance für die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Europa und Kanada hin.

Karen Redman sprach über den Schaden, den ihre Region, Waterloo im Süden von Ontario, zu spüren bekomme. Die ehemalige Premierministerin Kim Campbell lenkte die Aufmerksamkeit auf die Probleme, die durch die Entwicklungen in den sozialen Medien entstehen. Die Handelsexperten Arancha Gonzalez und Danuta Hubner gingen insbesondere auf die Einführung der Zölle ein, die von Raffgierigkeit statt von einem guten Geschäftssinn zeugten, und für eine politisch motivierte Spaltung der Weltwirtschaft sorgten. Enrique Baron Crespo wies auf den einzigen möglichen Hoffnungsschimmer an einem Himmel voll dunkler Wolken hin: Präsident Trumps Handlungen zwängen Europa dazu, endlich mehr Verantwortung für die eigene Zukunft zu übernehmen.

Der wunderschöne Palast in der Via Cavour, der früher im Besitz der Medici war, und die exzellente Gastfreundschaft der Fakultät für transnationale Governance sorgten für hervorragende Bedingungen und boten den besten Nährboden für eine ausführliche Erörterung der derzeitigen Herausforderungen und eine Untersuchung der Frage, wie Europa und Kanada am besten darauf reagieren können.

Graham Watson

ALDE, Vereinigtes Königreich (1994-2014)

sirgrahamwatson@gmail.com

Delegation der Vereinigung Ehemaliger Kanadischer Parlamentarier in Italien: Trump, Kanada und die Europäische Union

Seit seiner Wahl hat der Präsident der Vereinigten Staaten, Donald Trump, wiederholt gesagt, dass Kanada der 51. Bundesstaat der Vereinigten Staaten werden sollte. Er hat seine Auffassung nur soweit abgemildert, dass dies nicht mit militärischen Mitteln, sondern auf wirtschaftlichem Wege erreicht werden soll. Bei seinem Treffen mit dem neuen kanadischen Premierminister Mark Carney (ehemals Chef der kanadischen Zentralbank und später auch der Notenbank von Großbritannien) brachte Trump Anfang Mai erneut seinen Wunsch zum Ausdruck, sich Kanada einzuverleiben, worauf der kanadische Regierungschef erwiderte, dass sein Land nicht zum Verkauf stehe.

Trumps Äußerungen haben erhebliche Auswirkungen auf die kanadische Politik. Im vergangenen Dezember lag die regierende Liberale Partei in Kanada in den Meinungsumfragen mit einem Abstand von 25 % weit abgeschlagen hinter der Konservativen Partei zurück. Am 28. April 2025 ging dann jedoch Mark Carney, der Kandidat der Liberalen Partei, bei den Parlamentswahlen als Sieger hervor.

Das Thema des „51. Staates“ stand im Mittelpunkt der Diskussionen am 2. und 3. April bei Treffen in Rom zwischen ehemaligen Mitgliedern des kanadischen Parlaments und ehemaligen Mitgliedern des Europäischen Parlaments (zu denen am zweiten Tag auch ehemalige Mitglieder des italienischen Parlaments gehörten). Die Emotionen kochten erneut hoch, als Trump den 2. April zum „Tag der Befreiung“ ausrief, an dem er neue Zölle ankündigte, so auch hohe Zölle gegen Kanada, womit das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) faktisch aufgekündigt wurde. Am 7. April fand ein weiteres Treffen in Florenz statt, an dem die ehemaligen kanadischen und europäischen Parlamentarier an einer Diskussionsveranstaltung mit dem Titel „Eine Welt im Wandel – Stärkung der Widerstandskraft in der neuen Weltordnung“ teilnahmen. Dazu gehörte auch der leidenschaftliche Auftritt des ehemaligen kanadischen Ministerpräsidenten Kim Campbell, der ein scharfer Kritiker von Trump ist.

Unmittelbar vor der Sitzung in Rom habe ich an der Sitzung des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments (VEM) in Warschau teilgenommen, gefolgt von einer Sitzung ehemaliger Mitglieder des Wirtschafts- und Sozialausschusses der EU in Brüssel. Bei beiden Treffen wurde die Haltung von Trump gegenüber Kanada erörtert, und man kam dabei zu der Erkenntnis, dass Kanada vielleicht der wichtigste Verbündete der Europäischen Union außerhalb unseres Kontinents ist. Einige haben sogar vorgeschlagen, Kanada möge der Europäischen Union beitreten.

Ich konnte mit breiter Unterstützung vieler ehemaliger und derzeitiger Mitglieder des Europäischen Parlaments den kanadischen Amtskollegen in diesen Treffen unsere unverbrüchliche Solidarität versichern, was auch für die Regierungen vieler Länder in der Europäischen Union und für die Regierung des Vereinigten Königreichs gilt.

Vielleicht kann man sagen, dass Trump mit seinem Gebaren einen Schleier heruntergerissen hat, hinter dem die Nähe zwischen Europa und Kanada verborgen war. Im Siebenjährigen Krieg errang Großbritannien 1763 die Herrschaft über das Gebiet des heutigen Kanadas, das ursprünglich von Franzosen und Briten kolonisiert worden war. Als Teil Nordamerikas, der gegenüber Großbritannien weiterhin loyal blieb, wurde „British North America“ erst im Jahr

1867 zu Kanada, mit Ottawa als Hauptstadt, wobei Großbritannien dem kanadischen Parlament schrittweise immer mehr Machtbefugnisse übertragen hat und lediglich die Zuständigkeit für die Außen- und Verteidigungspolitik behielt.

Im Jahr 1931 wurde Kanada dann vollständig unabhängig, mit der einzigen Ausnahme, dass jegliche Verfassungsänderungen weiterhin vom britischen Parlament gebilligt werden mussten. Dies erwies sich jedoch als eine reine Formsache, da Westminster die Vorschläge des kanadischen Parlaments stets gebilligt hat. Diese Einschränkung wurde schließlich 1982 von den Parlamenten beider Länder aufgehoben. Dies konnte damals ein gewisser Widerstand im britischen und sogar auch im Europäischen Parlament am Ende nicht verhindern.

Kanada ist seitdem völlig unabhängig vom Vereinigten Königreich, wobei eine Verbindung aber bestehen bleibt. Staatschef des Vereinigten Königreichs und von Kanada ist in beiden Fällen der britische Monarch, König Charles III., der unmissverständlich die Auffassung von Mark Carney teilt, dass Kanada unverkäuflich ist. Er wird am 27. Mai zusammen mit seiner Gattin die neue Sitzung des kanadischen Parlaments eröffnen.

Die Beziehungen Kanadas zur Europäischen Union konnten über einen langen Zeitraum als freundschaftlich bezeichnet werden. Sowohl zu Beginn des Ersten als auch des Zweiten Weltkriegs schloss sich Kanada den Alliierten an. Das Land ist seit langer Zeit Mitglied der NATO und der G7, beteiligt sich an der Europäischen Weltraumagentur (ESA) und ist assoziiertes Mitglied von Horizont Europa. Im Jahr 2016 unterzeichnete Kanada ein Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union, das vom Europäischen Parlament gebilligt wurde, dessen Inkrafttreten sich aber immer noch verzögert, da die Unterschriften einiger EU-Mitgliedstaaten noch ausstehen. Die Bevölkerung Kanadas hat zu 75 % europäische Wurzeln, was insbesondere auf die große Auswanderungswelle nach dem Krieg aus allen Teilen Europas nach Kanada zurückzuführen ist.

Die einzige kleine atmosphärische Störung in den zunehmend harmonischen Beziehungen zwischen der EU und Kanada wurde vielleicht durch das Europäische Parlament verursacht, als es vor 40 Jahren seine Entrüstung über die in Kanada praktizierte Robbenjagd zum Ausdruck brachte, was schließlich zu einem Verbot der Einfuhr von Robbenerzeugnissen in die EU führte. Dies ist heute jedoch längst kein Thema mehr.

Was die Frage des Beitritts zur Europäischen Union anbelangt, so hat die kanadische Regierung verhalten darauf reagiert und es vorgezogen, eher über eine engere Zusammenarbeit mit der Europäischen Union zu sprechen. Natürlich gibt es zwischen beiden Ländern nach wie vor offene Fragen unter anderem in Bezug auf die Agrar- und Fischereipolitik, aber der gute Wille ist da, und man wird sehen, wie die weitere gemeinsame Zukunft aussehen wird.

R. J. Moreland

ED, Vereinigtes Königreich (1979-1984)
horseferry@yahoo.com

Treffen der FP-AP in Zypern – Europa und das Meer

Ich habe der Europäischen Vereinigung der ehemaligen Abgeordneten der Mitgliedstaaten des Europarates (FP-AP) stets ein besonderes Interesse – und, um ehrlich zu sein, sogar eine gewisse Zuneigung – entgegengebracht – dieser Vereinigung, die sich den geistigen und moralischen Werten verpflichtet fühlt, die das gemeinsame Erbe der Völker Europas ausmachen. Es sind diese Werte, die den Ursprung der Grundsätze der individuellen Freiheit, der Gleichheit und der Würde, der politischen Freiheit sowie der Rechtsstaatlichkeit darstellen, auf denen eine echte Demokratie beruht.

Es war mir deshalb eine große Freude, dass ich im Mai 2025 als Vertreter des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments (VEM) in die Republik Zypern nach Nikosia reisen durfte, wo ein Treffen der FP-AP stattfand, das sich mit dem Entwurf eines Berichts zu dem Thema „Europa und das Meer: Die Rolle der parlamentarischen Diplomatie“ befasste. Die Verfasser des Berichts sind meine Kollegen Jean-Pierre Fourré, ehemaliger erster Vizepräsident der französischen Nationalversammlung und ehemaliger Präsident der FP-AP, sowie Jacque Remiller, ehemaliges Mitglied der französischen Nationalversammlung.

Nachdem ich die Grüße von Klaus Hänsch, Präsident des VEM und ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments, überbracht hatte, erwies ich im Anschluss Miguel Ángel Martínez Martínez die Ehre, ehemaliger Vizepräsident des Europäischen Parlaments, ehemaliger Präsident der parlamentarischen Versammlung des Europarats und ehemaliges Mitglied der Cortes Generales, der lange Zeit einen Sitz in der FP-AP innehatte und der sich nun nicht erneut zur Wahl stellen wollte. Außerdem entschuldigte ich die Abwesenheit von Teresa Riera Madurell. Das dritte Mitglied des VEM in der Generalversammlung der FP-AP ist Godelieve Quisthoudt-Rowohl.

Der vorgelegte Text befasst sich mit den aktuellen und künftigen Herausforderungen im Zusammenhang mit den Meeresbecken und Küstengebieten, der Führungsrolle, die Europa bei den internationalen Verhandlungen über die Meerespolitik (in Bezug auf Fischerei, Energie, Meeresforschung und den Kampf gegen die Verschmutzung) einnehmen muss, sowie der Rolle der derzeitigen und ehemaligen Mitglieder des Parlaments.

Ich wies zunächst darauf hin, dass weltweit 2 Milliarden Menschen keinen Zugang zu Trinkwasser und 4,4 Milliarden Menschen keinen Zugang zu sanitären Einrichtungen haben und dass der Zugang zu Trinkwasser vor dem Hintergrund des Klimawandels, der zu großen Migrationsbewegungen vor allem in Richtung Europa führt, eine bedeutende menschliche, wirtschaftliche und politische Herausforderung darstellt. Im Anschluss daran legte ich einen Änderungsantrag zur Meerwasserentsalzung vor, die – den politischen Willen und entsprechende europäische Mittel für wissenschaftliche Forschung vorausgesetzt – zu einer Technologie werden könnte, bei der die Europäische Union und ihre Unternehmen weltweit führend sein könnten. Dieser Änderungsantrag wurde angenommen.

Darüber hinaus werde ich vorschlagen, in den endgültigen Text Verweise auf den im Arbeitsprogramm der Kommission angekündigten Europäischen Pakt für die Meere aufzunehmen. In diesem Zusammenhang hat die Kommission erst jüngst im Jänner 2025 eine Aufforderung zur Stellungnahme eingeleitet hat. Mit dem Pakt wird insbesondere das Ziel verfolgt, gesunde, widerstandsfähige und produktive Meere zu erhalten, eine nachhaltige und wettbewerbsfähige blaue Wirtschaft, einschließlich Fischerei und Aquakultur, zu fördern

und auf die Ausarbeitung eines globalen Programms für Meereswissen, -forschung und -innovation sowie entsprechende Investition hinzuarbeiten.

Der endgültige Text soll im Rahmen eines Symposiums am 19. September 2025 im französischen Saint-Malo angenommen werden.

Nun möchte ich noch einige Worte über die Republik Zypern verlieren, deren Bevölkerung unter einer grausamen Trennung leidet. Nach hervorragenden Reden des Präsidenten der Vereinigung der ehemaligen Mitglieder des zyprischen Parlaments, Sophoclis Fittis, und des Präsidenten der FP-AP, Filippo Lombardi, ergriff auch die Präsidentin des zyprischen Parlaments, Annita Demetriou, das Wort. Anschließend fand ein Reflexionsseminar statt, in dessen Rahmen der ehemalige Botschafter der Republik Zypern, Euripides Evriviades, einen Vortrag zu dem Thema „Zypern zwischen Ost und West: Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“ hielt. Er erinnerte daran, dass die Insel Zypern aufgrund ihrer Lage an einem Knotenpunkt wichtiger Handelswege seit jeher unter der Herrschaft vorwiegend imperialer Mächte (Griechen, Römer, Byzantiner, Araber, Franken, Venezianer, Osmanen und Briten) stand und zahlreiche Kulturen in sich aufgenommen hat, was sie zu einem ganz besonderen und reizvollen multikulturellen Ort macht. Zypern stand immer unter Fremdherrschaft, war aber nie geteilt.

Leider nutzte die Türkei einen Putschversuch gegen den zyprischen Präsidenten Makarios, der am 15. Juli 1974 von der Militärdiktatur in Griechenland nahestehenden griechischen Offizieren eingeleitet wurde, als Vorwand, um – mit der Begründung, die türkische Minderheit schützen zu wollen – innerhalb von zwei Tagen den Nordteil der Insel (38 % des Staatsgebiets) zu besetzen. Zwischen 1974 und 1975 wurden dann 200 000 griechische Zypern aus dem nördlichen Teil der Insel vertrieben und zur Auswanderung gezwungen. Diese Teilung wird von der internationalen Gemeinschaft nicht anerkannt, und der Abzug der Türkei aus Zypern ist eine der Bedingungen für den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union. Nach all den Vorträgen, Konferenzen und Gesprächen, insbesondere mit dem Bürgermeister von Nikosia, Charalambos Prountzos, und dem Bürgermeister von Larnaka, Andreas Vyras, reisten wir schließlich ab – einerseits bedrückt darüber, dass dieses Volk gewaltsam getrennt, seine Geschichte verleugnet und seine Multikulturalität mit Füßen getreten wurde, andererseits aber auch erfüllt von Stolz und Genugtuung, da die Republik Zypern dank ihrer Weisheit, Lebenslust und nicht zuletzt der Zugehörigkeit zur Europäischen Union voller Leben ist, vor Lebensfreude strotzt und Wohlstand und Frieden genießt.

Jean-Pierre Audy

EVP, Frankreich (2005-2014)

audyjp@yahoo.fr

Die Europäische Union, ihre Institutionen und Werte Lassen Sie uns Gemeinsam über diese Themen Nachdenken!

Wie jedes Jahr war das Treffen mit Schülern, das vom Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments (VEM) in Florenz am renommierten Sitz des Historischen Archivs des Europäischen Hochschulinstituts veranstaltet wurde, äußerst anregend und hat beide Seiten dazu verholfen, neue Einblicke zu gewinnen.

Für mich war es bewegend, Oberstufenschülern von verschiedenen Episoden zu erzählen, die das Leben in Europa prägten, als sie noch nicht geboren waren, und für sie war es spannend, weil diese Ereignisse inzwischen Eingang in die Geschichtsbücher gefunden haben.

Beim diesjährigen Treffen wurden folgende Themen behandelt: der Besuch beim Europäischen Parlament von Ahmad Schah Massoud, des „Löwen von Pandschschir“, der gegen die Taliban gekämpft hat und am 9. September 2001 einem Attentat zum Opfer fiel, der tragische Tod des somalischen Botschafters bei den Vereinten Nationen in Genf, Yusuf Ismail Bari Bari, der ebenfalls Opfer eines Anschlags wurde, der Europäische Konvent, der Europa endlich eine Verfassung geben sollte und am Ende in Referenden in Frankreich und den Niederlanden abgelehnt wurde und schließlich in den Vertrag von Lissabon mündete, der Krieg in der Ukraine und die Notwendigkeit, Demokratie und Freiheit stets zu verteidigen.

Die jungen Menschen wurden aufgefordert, das Konzept eines „Tisches“ zu reflektieren, sei es der Esstisch zuhause, ein Ort der Begegnung und der Konfrontation, wie es auch der Verhandlungstisch in der Diplomatie ist. Zwischen beiden gibt es mehr Gemeinsamkeiten als man denkt, denn nur wer von klein auf offen ist für Beziehungen zu anderen, zu Familienmitgliedern, Freunden, Lehrern, Menschen, denen man im Alltag begegnet, wird auch als Erwachsener in der Lage sein, sich selbst zu achten und andere zu respektieren.

In der Debatte hatte ich Gelegenheit, mit den Lehrern zu sprechen, die die Schüler betreuen, und ich hatte das Gefühl, dass ich das Thema Einsamkeit und Gewalt ebenfalls ansprechen sollte, Themen, die leider eng miteinander verbunden sind und die wir in aller Dramatik Tag für Tag in den Nachrichten finden. Jugendliche, die nicht in der Lage sind, ruhig und besonnen mit anderen zu diskutieren, neigen nicht selten dazu, sich zu Banden zusammenzuschließen und Gewalt anzuwenden, um zu zeigen, dass sie überlegen sind, was in Wirklichkeit gar nicht der Fall ist, da ihr Verhalten vielmehr ihre Unsicherheit und Unfähigkeit zum Dialog offenlegt.

Die jungen Menschen interessierten sich auch für meine Ausführungen über den Missbrauch von Computersystemen und sozialen Medien, die die Menschen in eine virtuelle Realität entführen, so dass sie am Ende nicht mehr unterscheiden können, was real ist und was nicht.

Es war sehr interessant zu erfahren, wie die Schüler das ihnen zugewiesene Thema interpretiert haben, und es war positiv für mich, zu erfahren, wie wichtig es für viele von ihnen immer noch ist, in der Familie an einem Tisch zusammenzukommen.

Jedes Jahr habe ich bei diesen Treffen nicht nur die Gelegenheit, den beteiligten Schulklassen Werte und Ereignisse der Europäischen Union und insbesondere des Europäischen Parlaments nahezubringen, sondern auch die schulischen und persönlichen Realitäten vieler junger Menschen kennenzulernen, die in Zukunft das Rückgrat Italiens und Europas bilden werden.

Ich möchte daher der Initiative und den daran beteiligten Personen, die sich mit großem Engagement der Organisation dieser Treffen widmen, ein weiteres Mal meine Anerkennung aussprechen und meine Wertschätzung entgegenbringen.

Cristiana Muscardini

NA, UEN, EVP, EVP-ED, Italien (1989-1999, 1999-2009, 2009-2012, 2012-2014)

cristiana.mistral@gmail.com

VEM: Erfahrungen, Reflexion und Dialog

Einmal mehr fanden am 20. und 21. Mai 2025 in Brüssel die jährlichen Veranstaltungen des VEM statt und brachten im Rahmen einer Reihe bedeutungsvoller und zukunftsorientierter Treffen ehemalige und aktuelle Mitglieder des Europäischen Parlaments zusammen. Wie jedes Jahr waren diese Veranstaltungen ein Moment des feierlichen Gedenkens und zugleich ein lebendiges Forum für Dialog und Austausch.

Am 20. Mai wurde im Rahmen der 16. jährlichen Gedenkfeier im Plenarsaal den ehemaligen Kolleginnen und Kollegen gedacht, die in den Jahren 2024 und 2025 verstorben sind. Bei dieser von Würde und Dankbarkeit geprägten Feier wurde ihr nachhaltiger Beitrag zu dem Projekt der europäischen Demokratie gewürdigt. „In diesem Plenarsaal, in dem einst die Stimmen unserer Kolleginnen und Kollegen erklangen, um mit Leidenschaft für Freiheit, Gerechtigkeit und Einheit einzutreten, halten wir inne, um diese Stimmen zu ehren, die verstummt sind, aber die wir nie vergessen werden“, führte die Vizepräsidentin des VEM, Monica Baldi, in ihrer Rede nach der Eröffnung der Zeremonie aus. Es folgte eine Rede der Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Ewa Kopacz. „Die Menschen, derer wir heute gedenken, ... waren durch ihre Überzeugung geeint, dass die EU keine abstrakte Institution ist, sondern ein gemeinsames Projekt, das durch tagtägliche Anstrengungen und Verantwortung aufgebaut wird“, hob sie hervor. Monica Baldi verlas die Namen der Mitglieder und VEM-Präsident Klaus Hänsch schloss die Zeremonie, indem er auf berührende Weise daran erinnerte, was wir denen schulden, die uns vorangingen: „Haltung zeigen, stark sein, nicht aufgeben.“

Später am Abend richtete der VEM dann einen Cocktailempfang und ein Abendessen samt Debatte aus. Die Quästoren Marc Angel und Fabienne Keller empfingen die Gäste herzlich und gaben damit den Ton für einen Abend voll aufschlussreicher Unterhaltungen vor. In ihrem einführenden Vortrag widmete sich Arianna Podestà, die stellvertretende Hauptsprecherin der Europäischen Kommission, dem Thema „Europe's Choice: from trade to defence, the key decisions shaping our future in the current geopolitical landscape.“ (Europa hat die Wahl: die wesentlichen Entscheidungen – von Handel bis Verteidigung –, die unsere Zukunft in der aktuellen geopolitischen Landschaft bestimmen werden) Podestà forderte die Anwesenden dazu auf, über den strategischen Weg der EU nachzudenken: „Heißen wir Zusammenarbeit und Autonomie willkommen oder bleiben wir passive Akteure in einer Welt, die von anderen gestaltet wird?“

Schließlich lud der Präsident die ehemalige Ministerin Portugals und VEM-Mitglied Maria João Rodrigues dazu ein, als Vorstandsvorsitzende der Denkfabrik Re-Imagine Europe (RIE) das Wort zu ergreifen und den kürzlich erschienenen Bericht mit dem Titel „A Power Agenda for a Global, Sustainable And Responsible Europe – Risks and Opportunities for the EU in an Era of Geostrategic Shifts“ (Agenda für ein globales, nachhaltiges und verantwortungsvolles Europa – Risiken und Chancen für die EU in einem Zeitalter geostrategischer Verschiebungen) kurz zu erläutern. Dieser wurde von RIE und European Conclave verfasst, und ist angesichts der derzeitigen Situation von besonderer Bedeutung. Im Anschluss an die Rede bildete eine rege Diskussion während der Fragerunde den Ausklang des Abendessens.

Am Tag darauf hielt der VEM seine 24. Jahreshauptversammlung ab. Die Mitglieder bekräftigten erneut ihr Engagement für den Auftrag des Vereins, führten Debatten über Schlüsselthemen und wählten den neuen Vorstand. Bei dieser Gelegenheit wurde dem ehemaligen VEM-Vorstandsmitglied Miguel Ángel Martínez Martínez für seinen jahrelangen engagierten Einsatz für den Verein gedankt und im Namen des VEM als Zeichen der Anerkennung ein Geschenk überreicht. VEM-Präsident Hänsch wandte sich mit folgenden Worten an ihn: „Ihre Geschichte hält uns vor Augen, dass unsere Stärke in der Einheit, der Zusammenarbeit und in der geteilten Hingabe dafür liegt, eine bessere Zukunft für alle Europäerinnen und Europäer zu schaffen.“

Nach dem Mittagessen wurden die Wahlergebnisse verkündet: Michael Hindley, Manuel Porto, Godelieve Quisthoudt-Rowohl und Teresa Riera Madurell wurden wiedergewählt und Edit Herczog als neu gewähltes Mitglied willkommen geheißen. Am Nachmittag hielt der Vorstand in neuer Zusammensetzung seine erste Sitzung ab und führte so seine Arbeit fort, den VEM als lebendiges Forum für Dialog, Engagement und Vermächtnisaufbau zu erhalten.

Die diesjährigen jährlichen Veranstaltungen hoben die anhaltende Bedeutung des VEM und seines Auftrags hervor. Von der Würdigung der Stimmen der Vergangenheit über die Auseinandersetzung mit den kritischen geopolitischen Herausforderungen dieser Tage unterstrichen die diesjährigen Treffen einmal mehr die Bedeutung von Erfahrung, Reflexion und Dialog für die Gestaltung der gemeinsamen Zukunft Europas.

Teresa Riera Madurell

S&D, Spanien (2004-2014)

trierama@gmail.com

Vortrag an der Universität Luzk zum Europatag

Zum zweiten Mal hat die Universität Lutsk die FMA anlässlich des Europatags eingeladen. Dieses Jahr hatte die Gedenkveranstaltung einen besonderen Stellenwert, da Russland gleichzeitig den 80. Jahrestag des Sieges über Nazi-Deutschland feierte und die führenden europäischen Staatschefs Präsident Selenskyj in Kiew umgaben. Die Organisation unserer Veranstaltung war hervorragend vorbereitet, unterstützt durch ein Vorgespräch mit der verantwortlichen Professorin.

Das Europäische Parlament stieß bei den Studierenden der internationalen Beziehungen dieser Universität in der Wolhynien auf großes Interesse – im Hinblick auf den zukünftigen EU-Beitritt der Ukraine. Die Studierenden hatten bereits eine Einführung in die europäischen Institutionen und den Entscheidungsprozess erhalten. Ich erinnerte daran, dass das gesamte europäische Projekt von dem Wunsch getragen war, den Frieden zwischen den Nationen zu sichern, die einst Ursprung zweier Weltkriege waren – und dass dieses Ziel, einst als utopisch angesehen, in Form der Versöhnung zwischen unseren Ländern, zunächst zwischen den Gründungsstaaten und heute innerhalb der gesamten EU, verwirklicht wurde.

Ich betonte die Einzigartigkeit dieses multinationalen Parlaments: Wahlen am selben Tag per allgemeinem Wahlrecht, institutionalisierter Multilingualismus auf allen Ebenen, Anwendung der D'Hondt'schen Methode, Fraktionen, die europäische Parteienfamilien widerspiegeln, und Effizienz in der Kompromissfindung – sowohl innerhalb des Parlaments als auch in den interinstitutionellen Trilogverhandlungen. Eine oft missverstandene, aber zentrale Rolle des Europäischen Parlaments ist sein Beitrag zur Rationalisierung politischer Auseinandersetzungen: Indem eine große Zahl an Abgeordneten aus allen Ländern auf Parteibasis zusammenarbeitet, wird die nationale Polarisierung, wie sie im Ministerrat auftritt, wo jedes Land nur durch eine Stimme vertreten ist, deutlich abgemildert. So endet der politische Prozess oft in einem echten „Win-Win“.

Auch wenn das Parlament die volle Gesetzgebungsfunktion ausübt und umfassende Kontrollbefugnisse gegenüber der Kommission hat, besitzt es kein Letztentscheidungsrecht über den EU-Haushalt und darf keine Einnahmen beschließen. Das hat es jedoch nicht daran gehindert, auf internationaler Bühne sehr aktiv für unsere gemeinsamen Werte einzutreten. Eine seiner bedeutendsten Initiativen, der Sacharow-Preis, wurde 2022 dem gesamten ukrainischen Volk verliehen. Seit Februar 2022 hat das Parlament durch Resolutionen, Entscheidungen und Anhörungen fortlaufend die Unabhängigkeit der Ukraine unterstützt. Der Präsident der Rada wurde während der Plenarsitzung im Februar 2025 empfangen.

Die Studierenden zeigten auch großes Interesse an der Erkenntnis, dass der Beitritt der Ukraine zur europäischen Familie einen neuen EU-Vertrag erforderlich machen wird. Aus einer ursprünglich wirtschaftlichen Gemeinschaft ist eine echte politische Union geworden, mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Zudem wird die EU in den kommenden Jahren etwa drei Dutzend Mitglieder umfassen. Das traditionelle Entscheidungsverfahren muss entsprechend angepasst werden – wie schon mit dem Vertrag von Lissabon nach der großen Erweiterung von 2004. Das Problem der Überrepräsentation kleiner Mitgliedstaaten, angefangen beim Parlament, wird kaum zu vermeiden sein. Ebenso wird es notwendig sein, ein Verfahren zu finden, das es erlaubt, einen neuen Vertrag nach Ratifizierung durch eine Supermehrheit der Mitgliedstaaten und Bürger umzusetzen – selbst wenn ein einzelnes Land diesen ablehnt. Einstimmigkeit wird nicht mehr praktikabel sein.

Alain Lamassoure

LDR, EVP, EVP-ED, EVP, Frankreich (1989-1991, 1992-1993, 1999-2009, 2009-2019)

a.lamassoure@wanadoo.fr

FOCUS: Das EP und Innovation

Inzwischen ist relativ klar, dass der Sturm auf das Kapitol vor vier Jahren keine isolierte Revolte war. Es war vielmehr der Beginn einer Revolution gegen die Idee des Parlamentarismus an sich. Die Alarmglocken schrillten jedoch nicht nur für den US Kongress, sondern für jedes Parlament, angefangen beim Europäischen Parlament, und alles, was in der Geschichte der westlichen Welt damit zusammenhängt.

Nun scheint jedoch das Leben der Parlamente – mit der ihnen innewohnenden, natürlichen oppositionellen Kraft – einen Aufschwung zu erfahren, und das unter Verwendung genau derselben Technologie, die eigentlich die Revolution des „Volkes der Oligarchen“ unterstützt.

Noch vor nicht allzu langer Zeit spielten nicht wenige mit dem Gedanken, Parlamente durch digitale Tools zu ersetzen. Inzwischen ist die künstliche Intelligenz auf den Plan getreten – und nichts ist mehr wie früher. Tatsächlich hat sich gezeigt, dass algorithmische Technologien den parlamentarischen Funktionen eine konkrete Effizienz verleihen können, die zuvor gefährdet erschien.

Es handelt sich dabei um die traditionellen Funktionen, die in den Beziehungen zur politischen Gemeinschaft und zu anderen Institutionen verwurzelt sind: gemeinsame Orientierung, Gesetzgebung, Kontrolle und föderale Koordinierung. Allerdings können die neuen Instrumente der Vorbereitung und Unterrichtung, die erforderlich sind, um sich vor der Entscheidung umfassend mit einer Angelegenheit vertraut zu machen, die Qualität und die Stärke der demokratischen Vertretung verändern.

Diese parlamentarischen Funktionen können sich nun nicht nur auf alle für ihre Ausübung erforderlichen Daten stützen, sondern auch auf präzise Ex-ante- oder Ex-post-Bewertungen ihrer Auswirkungen.

Angetrieben vom „alten“ Prinzip der kontroversen Debatte, die das unersetzliche Herzstück der liberalen Demokratie bildet, kann mit den neuen kognitiven Instrumenten die Landkarte des politischen Systems in der Union und in den Mitgliedstaaten neu gezeichnet werden.

Dies ist eine bemerkenswerte Leistung für diese Zeit, in der wir leben. In vielen Bereichen ist die Angst vor einem Rückgang der „menschlichen“ Kultur in Entscheidungsprozessen spürbar, aber hier ist das Gegenteil der Fall. Die sozusagen „übermenschliche“ Verstärkung der vorab durchgeführten Untersuchung des jeweiligen Sachverhalts ermöglicht es, relevante Optionen klar zu identifizieren, so dass die einzelnen Parlamente „freier“ beraten können, und zwar innerhalb eines engen Pfades, der durch die verschiedenen verfügbaren Optionen begrenzt ist, wobei die Technologie der Politik stets den Vortritt lassen muss.

Es sei hinzugefügt, dass die Einführung generativer Algorithmen in klassische parlamentarische Verfahren keine Arbeitsplätze vernichtet, sondern im Gegenteil einen größeren Beitrag von Verwaltungsexperten erfordert. Strenge Verfahrensvorschriften allein reichen jedoch nicht aus. Zunächst müssen „Vorschriften für die Vorschriften“ festgelegt werden, mit anderen Worten Meta-Vorschriften, die im Dschungel der Überregulierung in Europa Datenschutz und Rechtssicherheit gewährleisten sollen.

Aber das ist noch nicht alles. Wenn es der derzeitigen parlamentarischen „Armut“ tatsächlich gelingt, das große Potenzial der künstlichen Intelligenz zu nutzen – und es gelingt, diese auf

ihre Rolle als Instrument der Integration zu beschränken –, wird sich der politische Horizont erweitern. Das Parlament kann dann in einem öffentlichen Raum, der von Unwahrheiten überschwemmt ist, die Nachrichten, Bilder und Stimmen vergiften und die öffentliche Meinung ständig in die Irre führen, als Ort der gesellschaftlichen Auseinandersetzung fungieren.

Die durch Debatten gewonnene Beweiskraft kann so an kritischen Punkten der öffentlichen Debatte, wenn das Vertrauen der Bürger am tiefsten erschüttert ist, zur „parlamentarischen Wahrheit“ werden.

Natürlich ist der „Sheriff“ sehr mächtig, aber er hat kein Monopol auf „posthumane“ Algorithmen. Die Parlamente – die älteste Institution der Menschheitsgeschichte – können sie sich als Instrumente der Gegenmacht zunutze machen.

Die Technologie muss jedoch stets mit einem „menschlichen Faktor“ einhergehen, nach wie vor überzeugt und fest entschlossen, seinen angestammten Ort der Freiheit zu wahren. Im Herzen Europas haben bei der vergangenen Bundestagswahl mehr als 82 Prozent der deutschen Wählerinnen und Wähler gezeigt, dass sie nach wie vor an ihren Bundestag glauben. Und in der Tat werden fest in der Bevölkerung verankerte Parlamente stets der wirksamste Schutzschild der Union gegen jedweden Angriff sein.

Andrea Manzella

Präsident des Zentrums für Parlamentsstudien an der LUISS-Universität, Rom
PES, Italien (1994-1999)
an.manzella@gmail.com

FOCUS: KI und Datenspeicherung: eine Zivilisatorische Herausforderung

Beim digitalen Wandel, an dem heute die gesamte Gesellschaft beteiligt ist, spielen künstliche Intelligenz und digitale Speicherverwaltung eine zentrale Rolle, und zwar sowohl in technologischer als auch in rechtlicher Hinsicht. In diesem Szenario steht die Frage der Speicherung oder Bewahrung der Daten im Mittelpunkt des neuen „anthropologischen Problems“, mit dem wir durch diese neue Technologie konfrontiert sind. Welcher Raum wollen wir der Freiheit des Individuums in einer Welt einräumen, in der das digitale Gedächtnis im Grunde unendlich, allgegenwärtig und allzu oft auch undurchsichtig geworden ist?

Insbesondere generative Systeme der künstlichen Intelligenz sind auf die Verfügbarkeit großer Datenmengen angewiesen. Dabei handelt es sich zumeist um personenbezogene Daten, die häufig unstrukturiert sind, aus heterogenen Quellen stammen und in komplexen Infrastrukturen gespeichert werden, die auf Umgebungen vor Ort, d. h. in einem benutzereigenen Rechenzentrum, oder auf einer Cloud verteilt sind. Personenbezogene Daten sind inzwischen nicht mehr nur ein funktionales Element des Informationsaustauschs, sondern sind zunehmend zu einem primären Wert geworden. Personenbezogene Daten sind die Nährösung, die die künstliche Intelligenz benötigt, das Futter für die Systeme, die zunehmend in der Lage sind, zu lernen sowie Entscheidungen und Vorhersagen zu treffen. Es ist daher geradezu paradox, dass in einer Zeit, in der wir das Flüchtige, das Ephemere, den kontinuierlichen Fluss fluider Informationen zum Lebensprinzip erhoben haben, gleichzeitig digitale Archive entstehen, die jede unserer Aktivitäten, jeden Gedanken und jede emotionale Regung von uns für immer und ewig festhalten.

Die Verbreitung von Systemen der künstlichen Intelligenz und insbesondere von Techniken des maschinellen Lernens hat daher dieses neue Spannungsverhältnis zwischen Effizienz und Schutz der Grundrechte entstehen lassen. Algorithmen stützen sich auf große Mengen historischer Daten, auf ein akkumuliertes Gedächtnis. Die Versuchung, alles auf unbestimmte Zeit zu erhalten, wird daher immer größer. Aber ist es wirklich so, dass immer „mehr Daten“ zu einer immer „höheren Intelligenz“ führen? Sind wir vor allem tatsächlich bereit, das Risiko auf uns zu nehmen, dass unsere Vergangenheit fortan dauerhaft über unsere Zukunft entscheiden soll?

Daten sind nämlich niemals neutral. Wir konnten dies bereits wiederholt feststellen, und ich möchte hier nur eines von vielen möglichen Beispielen aus dem Gesundheitswesen nennen. So erstellen KI-Systeme, die mit klinischen Bildern geschult wurden, auf denen überwiegend Menschen mit heller Haut zu sehen sind, tendenziell weniger genaue Diagnosen bei Patienten mit anderen Hauttönen. Dies ist nur ein Beleg für die vielen Probleme der Diskriminierung und Voreingenommenheit, die mit der Qualität und Vielfalt der gespeicherten Daten zusammenhängen, und dies nicht nur bei den Algorithmen.

Die Speicherung von Daten für alle Zeiten ist daher nicht nur eine technische Frage. Es handelt sich vielmehr in erster Linie um ein anthropologisches Frage der Machtverhältnisse. Wer kontrolliert die Daten, wer überprüft die Darstellung der Realität? Diejenigen, die die Verfügungsgewalt über die Sichtweise auf die reale Welt haben, verfügen über einen immensen Einfluss auf die gesellschaftliche, wirtschaftliche und sogar politische Dynamik. Aus diesem Grund muss die Einhaltung der Vorschriften über die Datenspeicherung ständig überwacht werden. Wie werden Informationen, die uns betroffen, gespeichert? Und wie

lange werden sie gespeichert? Wer hat Zugang zu diesen Datenarchiven? Sind die darin enthaltenen Angaben korrekt und nach wie vor aktuell? Welche Schutzgarantien gelten für die Rechte der betroffenen Personen?

In diesem Sinne stellte die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) einen Wendepunkt dar, indem der Grundsatz der Rechenschaftspflicht und der Begrenzung der Datenspeicherung in den Mittelpunkt der Vorschriften für die Verarbeitung personenbezogener Daten gestellt wurde. In Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe e der DSGVO steht klar und deutlich: „Personenbezogene Daten werden nur so lange gespeichert, wie es für die Zwecke, für die sie verarbeitet werden, erforderlich ist“. Darüber hinaus dürfen nicht mehr Informationen aufbewahrt werden, als für die Erfüllung der ursprünglich beabsichtigten Zwecke erforderlich ist (Grundsatz der Datenminimierung, Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe c DSGVO). Personenbezogene Daten müssen zudem ständig aktualisiert werden (Grundsatz der Richtigkeit, Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe d DSGVO). Diese Grundsätze sind sowohl simpel als auch bahnbrechend, und zwar insbesondere im Zeitalter der Big-Data-Wirtschaft.

Auch was die Infrastruktur betrifft, führen die Bedürfnisse der KI dazu, dass Archivierungslösungen grundlegend neu überdacht werden müssen. Die für die KI-Entwicklung erforderliche Speicherkapazitäten benötigen eine außergewöhnliche Rechenleistung. Aus diesem Grund beruhen moderne Rechnerarchitekturen zunehmend auf hoch verdichteten Speichern und hybriden Cloud-Lösungen, die zumeist von Anbietern mit Hauptsitz außerhalb der Europäischen Union bereitgestellt werden. Welchen Folgen hat das? Es führt zu einer Konzentration der technologischen Macht in den Händen einiger weniger Dienstleister in Drittländern mit den entsprechenden Konsequenzen für die digitale Souveränität, die Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs und die strategische Unabhängigkeit.

Wir müssen uns daher um ein heikles Gleichgewicht bemühen. Es geht nicht darum, Innovationen einzudämmen, sondern darum, sie in die richtigen Bahnen zu lenken. Folglich sind die Datenschutzbehörden gefordert, dabei die Federführung zu übernehmen, und zwar nicht nur als Aufsichtsorgane, sondern auch – und vielleicht vor allem – als Garanten eines Innovationsmodells, das mit den Grundwerten unserer Rechtsordnung vereinbar ist. Die Speicherung von Daten für die Zwecke der KI kann, wenn sie schlecht gesteuert wird, zu einem Instrument der sozialen Kontrolle, zu einer Waffe in den Händen undurchsichtiger Mächte oder zu einem Mechanismus der Ausgrenzung und Diskriminierung werden. Wenn sie jedoch gut reguliert ist, kann sie der Schlüssel zu einer neuen Phase des Fortschritts werden, von dem alle profitieren und bei dem das digitale Gedächtnis keine Zwangsjacke, sondern eine Ressource für das gesamte Gemeinwesen ist.

Prof. Ginevra Cerrina Feroni

Vizepräsident der italienischen Datenschutzbehörde

Professor für italienisches Verfassungs- und Vergleichsrecht am Institut für Rechtswissenschaften der Universität Florenz

segreteria.cerrinaferoni@gpdp.it

FOCUS: Gute Arbeit, aber noch nicht Genug

In den vergangenen zehn Jahren hat Europa einen bemerkenswerten Wandel bei seiner Herangehensweise in Bezug auf Hochleistungsrechner und künstliche Intelligenz vollzogen. Vor zehn Jahren waren Supercomputer in der gesamten EU relativ einfach gestrickte, CPU-basierte Rechner, die in der Regel von einzelnen Mitgliedstaaten finanziert und betrieben wurden. Im Rahmen der Partnerschaft für Hochleistungsrechentechnik in Europa (PRACE) gab es eine Koordinierung, aber es gab keine wirklich gemeinsamen europäischen Bemühungen, Europa als Vorreiter in der Computerwissenschaft weltweit zu positionieren.

Dieses dezentralisierte Modell hatte zwar damals seine Berechtigung, führte aber häufig zu Doppelarbeit und hatte auf internationaler Ebene nur eine begrenzte Sichtbarkeit. Der fragmentierte Ansatz Europas im Bereich des Hochleistungsrechnens stand in krassem Gegensatz zu den einheitlichen Strategien, die von den auf diesem Gebiet weltweit führenden Ländern wie den USA oder China verfolgt wurden.

Heute hat sich die Situation grundlegend verändert. So markierte die Gründung des Gemeinsamen Unternehmens für europäisches Hochleistungsrechnen (GU EuroHPC) einen Wendepunkt. Diese ehrgeizige Initiative, die von der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten kofinanziert wird, hat die Entwicklung einer europaweiten Landkarte der Rechenressourcen ermöglicht. Europa verfügt heute über acht der weltweit leistungsstärksten 25 Supercomputer – eine Errungenschaft, die nicht nur über den technischen Fortschritt, sondern auch über das politische Engagement der EU etwas aussagt. Europäische Forscher können nun auf Augenhöhe mit ihren Kollegen in den Vereinigten Staaten und anderswo mithalten und sind nicht mehr durch den fehlenden Zugang zu modernster Rechenleistung eingeschränkt.

Diese Entwicklung vollzieht sich gerade in einem zunehmend komplexen technologischen Umfeld, das zum großen Teil durch das Aufkommen der künstlichen Intelligenz bedingt ist. Die rasante Verbreitung der KI verändert bereits jetzt die Grundlagen vieler wissenschaftlicher Disziplinen. Von der Entdeckung von Arzneimitteln bis hin zur Erstellung von Klimamodellen beschleunigt künstliche Intelligenz nicht nur die Forschung, sondern krempelt die Art und Weise der wissenschaftlichen Tätigkeit völlig um. Das traditionelle Modell der von einer Hypothese ausgehenden Untersuchung wird zunehmend durch eine datengesteuerte wissenschaftliche Erkundung ergänzt und manchmal sogar ersetzt, bei der sich Muster und Erkenntnisse aus riesigen Datensätzen ohne vorherige Annahmen ergeben.

Deshalb sind moderne Supercomputer heute hybride Maschinen, denn sie kombinieren traditionelle Zentraleinheiten (CPU) mit leistungsfähigen Graphikprozessoren (GPU) und binden zunehmend auch experimentelle Quantensysteme darin ein. Die Verknüpfung unterschiedlicher Rechnerarchitekturen hat dazu geführt, dass Software-Paradigmen und Programmiermodelle überdacht werden müssen, wobei Europa derzeit massiv in die Ausbildung neuer Generationen von Entwicklern investiert, damit diese auf den neuartigen Plattformen arbeiten können. Daher sind digitale Kompetenzen inzwischen genauso wichtig wie die Hardware selbst.

So beruhen die Quantencomputer, die unter dem Dach von EuroHPC eingesetzt werden, inzwischen ausschließlich auf europäischer Technologie, was eine bemerkenswerte Erfolgsgeschichte und ein Zeichen für wachsendes Vertrauen in heimische Innovationen ist.

Es reicht jedoch nicht aus, die Führungsrolle Europas im Bereich der wissenschaftlichen Datenverarbeitung aufrechtzuerhalten. Wir müssen außerdem sicherstellen, dass unsere Unternehmen von diesen Fähigkeiten auch profitieren können. Initiativen wie die für KI-Fabriken sind dabei von zentraler Bedeutung. Dabei handelt es sich um eine speziell Infrastruktur, die europäischen Unternehmen (insbesondere KMU) privilegierten Zugang zu Instrumenten der künstlichen Intelligenz und Hochleistungsrechentechnik verschafft und sie in die Lage versetzt, innovativ zu sein, Produkte zu entwickeln und sich auf den Märkten in aller Welt zu behaupten.

Aber das ist nur der Anfang. Das nächste Ziel ist die Entwicklung von „Gigafabriken“ für KI und digitale Technologien, das heißt Anlagen im industriellen Maßstab, in denen Rechenzentren, algorithmische Innovationen und branchenspezifische Anwendungen miteinander kombiniert werden. Diese Infrastruktur wird für die langfristig angestrebte strategische Autonomie Europas im digitalen Bereich von entscheidender Bedeutung sein.

Diese technischen Anlagen sind gleichzeitig auch geopolitische Instrumente. In einer Welt, in der die Kontrolle über digitale Fähigkeiten von strategischer Bedeutung ist, kann es sich Europa nicht leisten, ein Anwender von Technologien zu bleiben, die anderswo entwickelt wurden.

Um eine echte digitale Souveränität zu erreichen – dies bedeutet, dass künftige Supercomputer so viel europäische Technologie enthalten wie möglich, von Computerchips bis hin zu Softwarestacks – muss Europa mutige Schritte unternehmen. Derzeit werden noch viele der Kernkomponenten unserer fortschrittlichsten Rechenmaschinen importiert. Um dies zu ändern, sind nicht nur anhaltende Investitionen erforderlich, sondern auch eine Umgestaltung des politischen Rahmens für die technologische Entwicklung in der EU.

Die Finanzierung ist zwar unerlässlich, aber nicht mehr das Haupthindernis. Es mangelt uns nämlich nach wie vor an Flexibilität bei der Umsetzung industriepolitischer Maßnahmen in großem Maßstab zur Unterstützung unserer eigenen Rahmenbedingungen für die Technologie. Dies erfordert eine Überarbeitung des EU-Wettbewerbsrechts und der EU-Vergabevorschriften, was ein wesentlicher Schritt wäre, auch wenn dies Teilen der Kommission und einigen Mitgliedstaaten nicht gefallen mag. Diese Rahmen, mit denen für Fairness gesorgt werden soll, müssen weiterentwickelt werden, damit die Mitgliedstaaten ihre wichtigsten technologischen Branchen unterstützen können, wie es in anderen Weltregionen bereits gängige Praxis ist.

Die Fortschritte der vergangenen zehn Jahre sind ermutigend, aber wir dürfen uns nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen. Jetzt gilt es, sich noch vehemente für die digitale Souveränität Europas einzusetzen, entschlossen zu handeln und dafür zu sorgen, dass die nächste Generation von Rechentechnologien nicht nur in Europa genutzt, sondern auch in Europa hergestellt wird.

Ein geeintes Europa hat seine größten Erfolge stets dann erzielt, wenn es mit klaren Vorgaben seine ehrzeigten Ziele gemeinsam verfolgt hat. Dies sollte auch für das digitale Zeitalter gelten. Lassen Sie uns danach streben, dass unsere politischen Strukturen mit den Technologien Schritt halten können, bei denen wir führend sein wollen.

Josep M. (Pep) Martorell

Stellvertretender Direktor (2016–2025) am Hochleistungsrechenzentrum Barcelona

martorell@bsc.es

FOCUS: Datenspeicherung, Digitale Souveränität und KI-Governance

Künstliche Intelligenz wird oft als transformative Kraft angesehen, die Wirtschaftszweige verändert, Entscheidungsprozesse neu gestaltet und zunehmend beeinflusst, wie wir leben, arbeiten und miteinander umgehen. Unter einer sichtbaren Schicht aus Chatbots, Bildgeneratoren und prädiktiven Algorithmen versteckt sich jedoch ein weniger sichtbarer, aber entscheidender Aspekt: die Infrastruktur, die KI möglich macht. Im Mittelpunkt steht dabei die Datenspeicherung, die nicht nur eine technische Notwendigkeit, sondern auch einen Brennpunkt wirtschaftlicher und (geo-)politischer Spannungen darstellt.

Tatsächlich sind es die immer zahlreicher werdenden Fähigkeiten der künstlichen Intelligenz, die ein grundsätzliches Überdenken der Datenspeicherung erfordern. Obwohl sie lange Zeit als technische Frage angesehen wurde, stellt die Datenspeicherung inzwischen eine strategische Grenze im geopolitischen Wettbewerb um „digitale Souveränität“ dar. Dieser Begriff umfasst die Fähigkeit von Staaten oder regionalen Zusammenschlüssen, die Kontrolle über ihre Daten, Infrastrukturen und die dafür geltenden technologischen Vorschriften beizubehalten¹.

Ein zentrales Anliegen ist dabei die wirtschaftliche Konzentration. Ein einst dezentralisierter Bereich des Internets wurde in eine Infrastruktur integriert, die von einer Handvoll globaler Cloud-Anbieter dominiert wird, die hauptsächlich in den Vereinigten Staaten und in China ansässig sind. Diese Akteure betreiben riesige Rechenzentren, die nicht nur privaten Unternehmen, sondern auch öffentlichen Institutionen, Universitäten und der Zivilbevölkerung im Allgemeinen dienen. Aus diesem Grund werden Rechenzentren heutzutage als kritische Infrastruktur angesehen (ähnlich wie Häfen, Pipelines oder Satelliten), deren Standort, Eigentum und Zugänglichkeit mit wirklichen strategischen Schwachstellen und Abhängigkeiten verbunden sind.

Diese Dynamik wird durch das transnationale Wesen von KI-Lieferketten und Datenströmen verstärkt. Daten, die für das Training von KI-Systemen verwendet werden, können in einem Land gesammelt, in einem anderen gespeichert und in wieder einem anderen verarbeitet werden. In jedem Hoheitsgebiet werden eigene rechtliche und normative Rahmen festgelegt, wodurch die Einführung einheitlicher Verantwortlichkeiten erschwert wird. Während die technischen Aspekte von künstlicher Intelligenz (die Daten, Modelle, Berechnungen oder Dienstleistungen) global sind, bleiben die regulatorischen Rahmen, durch die sie kontrolliert werden, national oder regional.

Diese Komplexität wirft komplizierte normative Fragen auf: wo Daten gespeichert werden und unter wessen Kontrolle dies geschieht, hat einen Einfluss darauf, welche Daten in KI-Systemen verwendet werden, wie sie aufgebaut sind, und wer Zugriff auf sie hat. Die in diesen Infrastrukturen verankerten rechtlichen und kulturellen Annahmen entscheiden, wie KI-Systeme funktionieren. So wird zum Beispiel ein Modell, das mit Daten trainiert wurde, die unter der Kontrolle eines US-Regimes gespeichert und verwaltet wurden, andere Vorurteile, Werte und Risikobewertungen aufweisen als ein Modell, das in einem europäischen oder asiatischen Kontext entwickelt wurde. Die epistemologischen Grundlagen künstlicher Intelligenz sind in diesem Sinne auch geopolitisch.

Das Streben nach einer unabhängigen KI-Infrastruktur wird jedoch durch die Kosten und die Durchführbarkeit eingeschränkt. Nationale oder regionale Datenspeicherungssysteme zu

entwickeln und zu warten, die fortschrittliche künstliche Intelligenz unterstützen können, ist kapitalintensiv und eine technologische Herausforderung². Daher stellt für viele Regierungen und Institutionen die Abhängigkeit von marktbeherrschenden ausländischen Anbietern auch weiterhin das einzig realistische Szenario dar. Eine solche Abhängigkeit geht jedoch mit erheblichen strategischen Risiken einher, dazu zählen unter anderem eine eingeschränkte Autonomie, die Gefahr, Überwachung ausgesetzt zu sein, und eine geringere Kontrolle über technologische Verbindungen.

Dieser Wandel hat zu einer Vielzahl politischer Antworten geführt, durch die die Kontrolle über die Daten wiedererlangt werden soll³. Die Bemühungen der EU um ein verlässliches Cloud-System wie GAIA-X kann als Teil einer umfassenderen Strategiepolitik angesehen werden, durch die dafür gesorgt werden soll, dass europäische Daten unter Einhaltung europäischer Vorschriften verarbeitet werden. Gleichzeitig soll mit Rechtsinstrumenten wie dem Daten-Governance-Rechtsakt und der Datenverordnung ein harmonisierter Rahmen für den Datenaustausch, die Interoperabilität und die Kontrolle durch die Nutzer geschaffen werden, um die strategische Autonomie Europas in Bezug auf das Management von Daten und digitalen Inhalten zu stärken. Doch die Fähigkeiten der EU, ihren Ansatz zu digitaler Souveränität erfolgreich nach außen zu tragen, werden durch das Fehlen einer heimischen KI-Industrie und einer gemeinsamen Sicherheitspolitik eingeschränkt⁴. Ähnliche Bestrebungen findet man in den Datenlokalisierungsgesetzen in Indien⁵ und in den Bemühungen um die Entwicklung regionaler Cloud-Kapazitäten von Ländern, die dem ASEAN⁶ oder der Afrikanischen Union⁷ angehören.

Angesichts dieser Dynamiken sehen sich Entscheidungsträger mit einem kritischen Zeitfenster konfrontiert, um KI-Governance nicht nur durch Ethik- oder Innovationsstrategien zu gestalten, sondern durch konkrete Entscheidungen hinsichtlich der Dateninfrastruktur. Um dafür zu sorgen, dass die Datenspeicherung die demokratischen Werte, die rechtlichen Verantwortlichkeiten und eine strategische Autonomie widerspiegelt, bedarf es nachhaltiger Investitionen, rechtlicher Klarheit und internationaler Koordinierung. Die Herausforderung ist, über reaktive Maßnahmen hinaus und in Richtung einer proaktiven digitalen Industriepolitik zu gehen, die Daten-Governance mit einem langzeitigen Kapazitätsaufbau im Bereich der Cloud-Infrastruktur, der Cybersicherheit und der KI-Normen verbindet. Soll digitale Souveränität mehr als nur ein Bestreben sein, muss sie in den materiellen Grundlagen des KI-Ökosystems verankert sein.

Dr Marta Cantero Gamito

Professorin für Informationsrecht (Universität Tartu) und Forscherin (School of Transnational Governance, EUI)

Marta.Cantero@eui.eu

¹ Floridi, L., The Fight for Digital Sovereignty: What It Is, and Why It Matters, Especially for the EU, *Philosophy & Technology*, Nr. 33, 2020, S. 369-378.

² Moerel, L., & Timmers, P., Reflections on Digital Sovereignty, *EU Cyber Direct, Research in Focus series*, 2021.

³ Wissenschaftlicher Dienst des Europäischen Parlaments, Digital sovereignty for Europe (PE 651.992), Europäisches Parlament, 2020 [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2020/651992/EPRS_BRI\(2020\)651992_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2020/651992/EPRS_BRI(2020)651992_EN.pdf).

⁴ Calderaro, A. & Blumfelde, S., Artificial intelligence and EU security: The false promise of digital sovereignty., *European Security*, Nr. 31(3), 2022, 415-434.

⁵ Arora, A., Data localization: India's tryst with data sovereignty, 19. Juli 2023, Tech Policy Press.

<https://www.techpolicy.press/data-localization-indias-tryst-with-data-sovereignty/>.

⁶ ASEAN Secretariat, ASEAN Digital Masterplan 2025, <https://asean.org/book/asean-digital-masterplan-2025/>.

⁷ Bei „Smart Africa“ handelt es sich um eine pan-afrikanische Initiative zur Förderung regionaler Cloud-Entwicklung und zur Unterstützung einer unabhängigen digitalen Infrastruktur durch die Initiativen „Data Governance Framework“ und „Smart Cloud“. Siehe <https://smartafrica.org/>.

FOCUS: Künstliche Intelligenz und Daten in der EU

Einleitung

Die EU steht vor einer Reihe erheblicher Herausforderungen, was Künstliche Intelligenz (KI), Strategien der Datenspeicherung und Entwicklungen auf den relevanten Märkten anbelangt. All diese Herausforderungen sind für das Bestreben der EU, in diesen Bereichen weltweit führend zu werden, von entscheidender Bedeutung. Im Folgenden werden die wichtigsten Herausforderungen dargelegt, mit einer kurzen Erläuterung, wie sie mit der aktuellen allgemeinen Lage und den jüngsten Trends zusammenhängen.

Komplexität der Regulierung und Regelungsaufwand

Im soliden Rechtsrahmen der EU, zu dem die Verordnung über künstliche Intelligenz, die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und die Datenverordnung gehören, wurden hohe Standards für den Datenschutz, ethisch vertretbare KI und Interoperabilität festgelegt. Diese Verordnungen sind jedoch komplex und überschneiden sich manchmal, was Unternehmen, insbesondere kleinere innovative KI-Unternehmen, vor Probleme stellt, was die Einhaltung der Vorschriften betrifft. Beispielsweise enthält der risikobasierte Ansatz der Verordnung über künstliche Intelligenz strenge Anforderungen an Hochrisiko-KI-Systeme, was Innovationen behindern kann, da es schwierig ist, neuartige Innovationszyklen auszuprobieren, wenn die Compliance-Risiken, das heißt die Risiken in Bezug auf die Einhaltung der Rechtsvorschriften, zu hoch sind. Somit ist es schwer vorstellbar, dass ein KI-Modell wie DeepSeek in der EU hätte konzipiert werden können.

Datensouveränität und Lücken in der Infrastruktur

Die EU fördert die Datensouveränität durch Initiativen wie Gaia-X, die darauf abzielen, die Abhängigkeit von Cloud-Anbietern aus Drittländern zu verringern. Bei der Speicherung und Verarbeitung von Daten ist die EU nämlich nach wie vor auf ausländische Anbieter angewiesen, was Bedenken hinsichtlich der von einzelnen Staaten festgelegten Modelle der Datenkontrolle und -sicherheit in einem globalisierten Kontext aufwirft. Der Mangel an verfügbarer lokaler Infrastruktur beeinträchtigt die Fähigkeit der EU, die riesigen Datensätze, die für das KI-Training benötigt werden, zu speichern und zu verarbeiten, wodurch ihre Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt wird. Der Ausbau europäischer Cloud- und Speicherlösungen, um die EU in die Lage zu versetzen, weltweit zu konkurrieren, ist eine Herkulesaufgabe.

Fragmentierter Markt und Unterschiede beim Investitionsvolumen

Der EU-Markt besteht aus 27 Mitgliedstaaten mit unterschiedlichen wirtschaftlichen Kapazitäten, unterschiedlichen Sprachen und unterschiedlichen Rahmenbedingungen für Innovationen. Darüber hinaus gibt es große Unterschiede, was die in KI und Datenspeicherung getätigten Investitionen betrifft. Diese Fragmentierung steht der Schaffung eines einheitlichen digitalen Marktes im Wege und führt dazu, dass europäische KI- und Speicherunternehmen Größenvorteile nur in begrenztem Maße nutzen können.

Werden diese Lücken in der Infrastruktur und bei den Investitionen nicht geschlossen, dürfte der Anteil der EU am globalen KI-Markt bis 2030 unter zehn Prozent bleiben.

Globaler Wettbewerb und technologische Abhangigkeit

Die USA und China sind der EU bei der Entwicklung von KI-Modellen, der Halbleiterproduktion und der Cloud-Infrastruktur enteilt. Die fortschrittlichsten KI-Modelle (wie GPT-4 und Llama) und Computerchips (wie Nvidia-Grafikverarbeitungseinheiten) stammen aus Ländern außerhalb der EU, wodurch Abhangigkeiten von ausländischer Technologie entstehen. Anstrengungen wie etwa die Initiative für europäische Prozessoren sind zwar vielversprechend, aber in großem Maßstab noch nicht wettbewerbsfig.

Ethisch vertretbare KI und der KI-Gesundheitsmarkt

Die EU legt den Schwerpunkt auf ethisch vertretbarer KI und betont dabei Transparenz, Fairness und Rechenschaftspflicht. Es ist jedoch schwierig, diese Grundsäze zu befolgen, ohne dabei Innovationen zu behindern. So können beispielsweise die strengen Vorschriften der DSGVO für den Datenaustausch die Zahl der für KI-Trainings verfügbaren Datensätze einschrken, während die Anforderungen der Verordnung für künstliche Intelligenz an die Erklärbarkeit mit der Komplexität fortgeschritten Modelle kollidieren könnten. Eine bermige Betonung ethischer Standards könnte die Einfrung neuer KI-Systeme verlangsamen, wohingegen man mit einer Vernachlässigung dieser Standards wiederum das Vertrauen der Öffentlichkeit in KI untergraben könnte. Das richtige Gleichgewicht zu finden ist ein Drahtseiltakt, wie an der Debatte über die Schaffung eines KI-Gesundheitsmarkts in der EU deutlich geworden ist, was den Einsatz von KI für Anwendungen im Gesundheitswesen bedeuten würde.

Die Verordnung für den europäischen Raum für Gesundheitsdaten, die voraussichtlich bald in Kraft treten wird, zielt darauf ab, den sicheren und standardisierten Austausch von Gesundheitsdaten zu erleichtern und einen gemeinsamen Rahmen für die Weiterverwendung von Gesundheitsdaten zu schaffen, der den Zugang für die Entwicklung, Erprobung und Einfrung von KI ermöglicht. Ihre Integration in bestehende Rechtsvorschriften wie die DSGVO und die Verordnung für Medizinprodukte wird jedoch ein sehr komplexes Unterfangen sein. Die sich daraus ergebenden Probleme sind vielschichtig und umfassen rechtliche, technische und organisatorische Aspekte.

Zum KI-Gesundheitsmarkt gehört die Nutzung von KI für Anwendungen wie prädiktive Analytik, personalisierte Medizin und die effiziente Verwaltung von Gesundheitsdaten. Die Schaffung eines solchen Marktes in der EU erfordert einen soliden Rahmen für Datenspeicherung und KI-Trainingsdaten. Bei KI-Trainingsdaten handelt es sich um Datensätze, die zum Trainieren von KI-Modellen verwendet werden um Muster zu lernen sowie Vorhersagen erstellen und Aufgaben ausführen zu können. Zu KI-Trainings gehört die Verarbeitung großer Mengen personenbezogener Daten, was eine Rechtsgrundlage gemäss Artikel 6 der DSGVO erforderlich macht. Dabei geht es häufig um die Anforderungen in Bezug auf das „berechtigte Interesse“, wobei es zwischen den Datenschutzbehörden der EU erhebliche Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung dieses Absatzes gibt.

Internationale Zusammenarbeit

Der KI- und Datenraum ist global. Insofern könnte es hilfreich sein, Optionen zur Stärkung der internationalen Zusammenarbeit zum Nutzen der EU-Akteure auszuloten.

So könnten beispielsweise Abkommen über die gegenseitige Anerkennung als Grundlage für Kooperationen dienen. Dabei handelt es sich um bilaterale Abkommen, mit denen der Handel zwischen zwei Parteien erleichtert werden soll, indem bestätigt wird, dass jede Vertragspartei die Ergebnisse der Konformitätsbewertung (wie Prüfungen, Inspektionen und Zertifizierungen) der jeweils anderen Vertragspartei für bestimmte industrielle Erzeugnisse anerkennt. Durch diese Abkommen werden technische Handelshemmnisse abgebaut, die Kosten für Unternehmen gesenkt und der Marktzugang vereinfacht, indem doppelte Bewertungen nicht länger benötigt werden. Die EU und die USA, die bilaterale Handelsbeziehungen mit dem weltweit größten Volumen unterhalten, haben 1998 damit begonnen, Abkommen über gegenseitige Anerkennung abzuschließen, die viele Wirtschaftszeige abdecken. Die Aushandlung weiterer solcher Abkommen zwischen der EU und den USA dürfte jedoch aufgrund regulatorischer, struktureller und politischer Unterschiede erhebliche Probleme bereiten. Dennoch bin ich der Ansicht, dass diese Probleme gelöst werden könnten, wenn man sich auf Bereiche wie Datenspeicherung und Modelle für Trainingsdaten konzentriert.

Erika Mann

Seniorberaterin für europäische Politik bei Covington & Burling LLP
PSE, Deutschland (1994–2009)
erika@erikamann.com